

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Geschäftsinterate und Privatangelegenheiten kosten pro 3 gespaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 2 M. Arbeitsmarkt und Zahlstelleninterate pro Zeile 50.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von M. Weg. Druck von E. V. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Münststraße 5, 3. Et. — Fernsprech-Anschluss 3002.

Arbeiterwohnungs-Ideal und Wirklichkeit.

Der „Verein für Verbesserung der Wohnungsverhältnisse in München“ hat vor einigen Wochen ein „Merkblatt über gesunde Wohnungen“ herausgegeben, das sicherlich viele Ratschläge enthält, die der Beherrschung wert sind. Insgesamt zeigen sie, wie eine gute Wohnung, die zweifellos jeder Mensch haben möchte, beschaffen sein sollte. Trocken und hell, sonnig und luftig, warm und reinlich, frei gelegen und an Raumgehalt besonders in den Schlafzimmern genügend groß — ja, es dürfte von Rechts wegen keine Wohnung geben, bei der nicht diese Mindestforderungen erfüllt wären. Das erwähnte Flugblatt befindet sich mit seinen Anweisungen durchaus in Übereinstimmung mit dem, was die Wissenschaft der Hygiene als ihre Befunde ausspricht. Jedem, der sich für diese Dinge interessiert, und das sollte jeder Mensch tun, da jedermann wünschen muß, gut zu wohnen, ist leicht zugänglich die Schrift des Professors an der Technischen Hochschule in Hannover Ruffbaum, „Die Hygiene des Wohnungswesens“ (Sammlung Goeschke Nr. 363). Hören wir nur einmal, was er „im allgemeinen als Raumfordernis“ für die Kleinwohnungen bezeichnet: „1—2 Stuben, ein geräumiges Schlafzimmer für die Eltern nebst den kleinen Kindern, gesonderte kleine Schlafzimmern für etwa vorhandene heranwachsende Söhne und Töchter, Küche nebst Speiseschrank, abgeschlossener kleiner Flur und Abort, ein Vorkastkeller, eine Bodenkammer, Anteil an einer Waschküche und am Trockenboden.“ Und weiter heißt es da: „Die Abmessungen der Zimmer sollten so gewählt werden, daß die Außenhaltkräume der Wohnung zusammen mindestens 15 bis 20 Kubikmeter für jeden Erwachsenen, 15 Kubikmeter für ein halberwachsendes, 10 Kubikmeter für ein kleines Kind bieten.“

Der Professor Ruffbaum stellt keine absolut neuen Forderungen auf, andre wissenschaftliche Hygieniker haben schon vor ihm das gleiche gefordert. Wäre man ihre n Worten gefolgt, dann hätte Professor Ruffbaum jedenfalls nur konstatieren brauchen, daß es allgemein üblich sei, diesen Erfordernissen zu entsprechen. Aber tut er das? — Nein, bei weitem nicht! „Leider wird, so schreibt Ruffbaum weiter, dieses gesamte Raumfordernis in Großstädten nur ausnahmsweise befriedigt. Selbst in kleinen Städten und auf dem Lande müssen die Leute sich häufig Entbehrungen auferlegen.“ Und ferner weiß er, daß die Not häufig zu einem stärkeren Belegen der Wohnungen, als es sich mit den Mindestforderungen an Luftraum verträgt, zwingt. „Also, so wie er wohnen sollte, wohnt der Arbeiter nicht — häufig nicht“, meint der immerhin im Ausdruck vorzügliche Herr Professor. Ein Kommunalpolitiker dagegen, der es gewohnt ist, die Dinge ungeschminkt beim rechten Namen zu nennen, der Herausgeber der „Kommunalen Praxis“, Dr. Alb. Südekum, spricht in seiner neuesten Schrift „Großstädtisches Wohnungswesen“ (Großstadtberichte, Band 47, Berlin, Verlag von Hermann Scemann) von dem „jammervollen Elend“, das der normale Zustand für einen erheblichen Bruchteil nicht nur der großstädtischen, sondern der ganzen deutschen Arbeiterbevölkerung sei, und von „menschenunwürdigen Hausungen, bei denen Gesundheit und Sittlichkeit der Insassen in der widerlichsten Enge gebrängtester Leiblichkeit zerschanden werden müssen, Heiterkeit und Gemütsruhe, Familiengefühl und Hilfsbereitschaft, Gemeinnut und Enthusiasmus auch in den letzten Nesten allmählich verloren gehen.“

Sagt Dr. Südekum hiermit etwa zu viel, oder können ihm nicht alle Sozialpolitiker zu, die sich in ernsthafter Weise mit der Wohnungsfrage befaßt haben? Kurz nach Dr. Südekum hat die bekannte Frauenrechtlerin Anna Papprik eine Schrift über die Wohnungsfrage erscheinen lassen (Verlag von Teubner in Leipzig). Darin heißt es gleich zu Anfang:

„Wer sich eingehend mit der sozialen Frage beschäftigt, wird sehr bald erkennen, daß die Wohnungsfrage in den Vordergrund des Interesses rücken muß, da die Wohnungsnot nicht nur an und für sich ein großes soziales Uebel, sondern auch als die Urheberin zahlreicher sozialer Mißstände zu betrachten ist. Die traurigen Erscheinungen der Tuberkulose, der Verwahrlosung der Kinder, der Prostitution usw. sind im letzten Grunde auf das Wohnungselend zurückzuführen und wir können dem berühmten Strafrechtslehrer Prof. von Liszt nur recht geben, wenn er sagt: „Ich gäbe 12 Strafrechtsparagrafen um eine gesunde Wohnungsreform.“

Da Professor von Liszt auch als Abgeordneter in den preussischen Landtag gekommen ist, hat er ja vortreffliche Gelegenheit, seine Ansichten über Wohnungsnot und -Reform dort vorzutragen. Und hoffentlich wird er vor allem auch dem Minister Delbrück es klar machen, daß das keine Wohnungsreform ist, wenn man kraft der ministeriellen Obergewalt das Bekanntwerden des großstädtischen Proletarier-Wohnungselends, wie es durch die jährlichen Enquêtes der Berliner Ortskrankenkasse, der Kaufleute usw.

erfolgte, verhindert. Auf die Ergebnisse dieser ausgezeichneten Enquete stützen sich alle entschiedenen Wohnungsreformer, die bürgerliche A. Papprik nicht minder als der sozialdemokratische Dr. A. Südekum.

Siehe zeigt in ihrer Schrift besonders, in welcher außerordentlich schwerer Weise das weibliche Geschlecht im Arbeiterstande sowohl in wirtschaftlicher und sittlicher, als auch in gesundheitlicher Hinsicht unter der Wohnungsnot zu leiden hat, und fordert, daß bei der Bekämpfung der Wohnungsnot auch der Frau eine mitwirkende Rolle zugewiesen werde, so vor allem in der Wohnungsinspektion. Dr. Südekums Schrift führt den Leitgedanken durch, daß es zur Erkenntnis des Wohnungselends vor allem darauf ankomme, die Wohnungsgeschichte einzelner Menschen oder einer bestimmten Klasse zu erforschen und darzustellen, weniger die Verwendungsgeschichte einzelner Wohnhäuser. Und so stellt der Verfasser denn die Befragungsgeschichte der großstädtischen Arbeiter von der Jugend bis ins Alter hinein dar, vor allem auf Grund seiner eigenen Studien in vielen Städten Deutschlands und des Auslandes.

„Man kann einen Menschen mit einer Wohnung gerade so gut töten, wie mit einer Nadel“, so lautet das Motto, welches Dr. Südekum seiner Schrift vorgelegt hat. Im Verlauf seiner Ausführungen variiert er das Wort noch so, daß er sagt, man kann das nicht nur, „nein, man tut es unausgesetzt, gestern, heute, morgen, und nicht irgendwo in einem wilden Lande, sondern in unsern Massenquartieren, gleich um die Ecke, ja vielleicht in deinem eigenen Hause oder im Hinterhause! Deshalb müssen wir gegen den Massenmord mobil machen.“

Er trifft jedes Alter, dieser Wohnungs-Massenmord, am entsetzlichsten aber sind seine Verwüstungen unter den ganz jungen Menschenblüten und unter den ehrwürdigen, in jeder Hinsicht ein besseres Los als das des Sterbens in jenen Infektionskammern, genannt „Leichenkammern“, verdienenden Veteranen und Veteraninnen der Arbeit. An gewissen Stellen tut man sich neuerdings wohl etwas darauf zugute, daß in einigen größeren Städten die Sterblichkeit der kleinen Kinder etwas abgenommen habe, aber Dr. Südekum meint mit Recht, es frage sich nur sehr, ob diese Abnahme auf eine Verbesserung der Lebensumstände zurückzuführen ist, oder nicht vielmehr mit einem Sinken der allgemeinen Geburtenrate zusammenhängt.

Wie weit aber die Säuglingssterblichkeit und die weitere Entwicklung der Kinder durch die bessere oder schlechtere Wohnung beeinflusst wird, dafür führt Dr. Südekum ein paar Feststellungen aus England an, die hier wiedergegeben seien. In der englischen Gartenstadt Bournville bei Birmingham lebt in Häusern des Kattstoffabrikanten Cadbury eine reine Arbeiterbevölkerung, die von Birmingham dorthin verpflanzt wurde, nunmehr natürlich nicht mehr in Slums, sondern in freundlicher, luftiger Siedelung. Der Erfolg ist wahrhaft ergreifend: in Birmingham beträgt die Säuglingssterblichkeit durchschnittlich 17,9 Prozent, in Bournville 7,4 Prozent. Die einfache Erklärung: jede Arbeiterwohnung besteht dort aus zwei Wohnzimmern, einer Küche, drei Schlafzimmern, hat Badegelassenheit und einen kleinen eigenen Garten. — Und weiter: in Glasgow wohnten, nach dem Bericht des Schularztes Dr. Madenzie von 1907, von 73 000 Kindern 40 Prozent in einräumigen, 58 Prozent in zweiräumigen, der Rest in mehrräumigen Wohnungen. Alle Knaben nun, die aus ein- oder zweiräumigen Wohnungen stammten, waren im Durchschnitt 12 Pfund leichter, als die Knaben aus vierzimmerigen Wohnungen, und beinahe 5 Zoll kleiner. Bei den Mädchen handelte es sich um 14 Pfund, bezw. 5 1/2 Zoll Größe. — Die übrigen Bemerkungen über die verheerende Wirkung schlechter Wohnungsverhältnisse auf die kindliche Entwicklung möge man in Dr. Südekums Schrift selber nachlesen.

Es kann wirklich kein Zweifel darüber obwalten, daß es in der Tat einer Mobilmachung gegen solch ein schreckliches Uebel bedarf, und zwar einer Mobilmachung auf der ganzen Linie aller Interessenten, aller derer, die sich „Volksgenossen“ nennen, und vor allem derer, die an verantwortlicher und maßgebender Stelle stehen.

Dr. Südekum weist nun nach, daß man, auch wenn man den aufrichtigen Wunsch hat, das proletarische Wohnungselend zu beseitigen, sich doch sehr irren kann bezüglich der Durchführbarkeit der Vorschläge, die man zur Abhilfe macht. Er weist dann auf den prächtigen alten Enthusiasten Peter Krapotkin hin, der gemeint hat, was die Wohnungsfrage anlangt, so komme es nur darauf an, die Idee der Expropriation der Häuser populär zu machen; die Enteignung selbst und die darauf naturgemäß folgende allgemeine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse würden keine unübersteigbaren Hindernisse bilden; man brauche eigentlich nur die in überfüllten böchern Hausungen auf die leerstehenden Wohnungen zu verteilen und den behaglich, ja verschwenderisch wohnenden Reichen von ihren Gemächern den Ueberfluß zur Unterbringung Notleidender abzuschneiden — dann sei diese

Frage erledigt. So vortrefflich die Absicht Krapotkins auch ist, so muß man doch Dr. Südekum darin recht geben, daß auf dem von jenem vorgeschlagenen Wege wohl in Einzelfällen Abhilfe gegen das Wohnungselend geschaffen sei, daß aber im ganzen genommen die vorhandenen Wohnungen nicht ausreichten, um dem Uebel gründlich beikommen zu können.

Also müssen mehr Wohnungen gebaut werden; das ist auch eine gemein-same Forderung bürgerlicher, wie sozialistischer Wohnungsreformer. 164 000 neue kleine Dreizimmerwohnungen müßten wir in Deutschland pro Jahr mehr haben, das hat der Generalsekretär des Deutschen Vereins für Wohnungsreform („Verein Reichswohnungsgesetz“) Dr. R. von Mango Idt ausgerechnet. Daß diese gewaltige Beschaffung neuer Wohnungen nicht allein der privaten Tätigkeit überlassen bleiben darf, daß vor allem die Gemeinden den privaten Unternehmungen, die auch der Sozialdemokrat Südekum hierbei zurzeit nicht ausgeschaltet wissen will, helfen müßten, für die es so sehr wesentlich ist, ob in ihren Grenzen ein gesundes und eben damit auch wirtschaftlich leistungsfähiges Geschlecht heranwächst, sollte niemand bestreiten. Die Gemeindeverwaltungen selber sind freilich leider in großem Umfange auf diesem Gebiete noch von sehr rückständigen Anschauungen erfüllt. „Wein ist es viel gewöhnlicher und natürlicher“, sagt Dr. Südekum sehr treffend, „daß eine Gemeinde das Bauen beschränkt, wenn einmal eine gewisse Fülle leerstehender Wohnungen auf die Höhe der Mietpreise zu drücken beginnt. In England ist man weiter, der Londoner Grafschaftsrat hat 50 000 Menschen in eigenen Häusern untergebracht, für die er 90 Millionen Mark in einem Jahrzehnt aufwandte; und für eine noch größere Zahl Menschen wird er demnächst Häuser errichten.“

Das ist der Weg, um das Arbeiterwohnungsideal, von dem die Hygieniker reden, der Verwirklichung näher zu bringen. Soll dieser Weg in Deutschland in den meisten Fällen überhaupt erst-malig betreten werden, so müssen die deutschen Arbeiter sich noch viel mehr als bisher um die kommunalen Angelegenheiten kümmern und noch mehr Vertreter ihrer Interessen in die Gemeindeparlamente schicken. Das ist absolut nötig, damit wir uns auch in der Wohnungsfrage von der schlechten Wirklichkeit dem schönen Ideal immer mehr nähern, getrieben von der Ueberzeugung, daß Glück und Wohlbehagen erst dann sich einzustellen vermögen, wenn das Heim des Menschen zu einer Stätte geworden ist, in der er gern weilt. A. M.

Aus dem Reichstage.

Am 19. November trat der Reichstag nach dem Ausfall von zwei Sitzungstagen wieder zusammen und seit dieser Zeit beschäftigt er sich mit den Steuerplänen der Regierung und ist auf der Suche nach neuen Steuern. Nur zwei Tage wurde die Finanzdebatte unterbrochen durch Begründung und Besprechung von zwei Interpellationen wegen der Katastrophe auf Zechen Rabod bei Namn. Dreihundert- undsechzig Bergarbeiter sind dem Molooh Grubenkapital wieder einmal zum Opfer gefallen.

Eine Interpellation des Zentrums lautete: „Ist der Reichskanzler in der Lage und bereit, über die Ursachen des Grubenunglücks in Rabod Auskunft zu geben? Sind insbesondere auf Grund der Erfahrungen bei den Grubenunglücksfällen in den letzten Jahren genügende Vorkehrungsmaßnahmen zur Verhütung von Schlagwettern und Kohlenstaubexplosionen in Bergwerken getroffen worden? Welche Maßnahmen sind beabsichtigt, um in Zukunft solche Katastrophen zu verhüten?“

Eine zweite, von der Wirtschaftlichen Vereinigung eingebrachte Interpellation lautete: „Ist der Reichskanzler bereit, über die Ursachen des Grubenunglücks auf Zechen Rabod und über etwaige Maßnahmen, die zur Verhütung solcher Unglücksfälle zu treffen sind, Auskunft zu geben?“

Wen trifft die Schuld? Das ist die Frage, die Tausende von Lippen bewegt, die in der Presse, in Versammlungen, im preussischen Landtag und Reichstag von unsern Parteifreunden aufgeworfen worden ist. Die Gegner und die Regierungstreiber tun beileidigt, daß man der Ausbeutungsjucht des Kapitalismus, der Ausschaltung der Arbeiter bei Kontrolle der Unfallmaßnahmen und dem Fehlen eines Reichsberggesetzes die Schuld für diese unerhörten Menschenopfer auferlegt. Ihre Entrüstung ist ganz unbegründet. So lange man den wahrlich nun oft genug und laut genug erhobenen Forderungen der Bergarbeiter nach Grubentontrolle und einem Reichsberggesetz Widerstand entgegensetzt, wird jedes Opfer an Menschenleben und Menschengeundheit in den Gruben das Schuldkonto der Betriebsleitungen und der Regierung belasten, um so mehr und um so schwerer, als den Bergarbeitern gewordene Verprechungen in Bezug auf ihren Schutz zur Stunde noch nicht eingelöst sind. — Der Staatssekretär von Reihmann-Gollweg hat nun eine Zusammenfassung der verschiedenen hoheitrechtlichen, bergpolizeilichen und einzelstaatlichen Bestimmungen, die da zum Schutz der Bergarbeiter in bunter Verwickelung bestehen, in Aussicht gestellt und sich auch zugunsten der Mitwirkung der Arbeiter an der Grubentontrolle ausgesprochen. Er meinte:

„Wenn speziell autorisierte und vom Vertrauen ihrer Kameraden getragene Arbeiter mit der Befugnis ausgestattet werden, die Sicherheit der Betriebsrichtungen zu beobachten und vorgefundene Mängel bei der Bergbehörde zum Austrag zu bringen, so kann von einer solchen mitverantwortlichen Beteiligung der Arbeiter das Ganze nur einen Vorteil ziehen. Ich übersehe aber keineswegs die praktischen Schwierigkeiten, die Reibungen, Zerwürfnisse, die sich im Anfang namentlich dort ergeben können, wo die Spannung zwischen Arbeitgeberschaft und Arbeiterschaft groß ist.“

Der Arbeitsmarkt im Oktober.

Nach dem Reichsarbeitsblatt wies der Arbeitsmarkt im Monat Oktober keine wesentliche Veränderung im Vergleich zum Vormonat auf. Die Saison machte sich vor allem in einigen Zweigen der Verarbeitungsindustrie im veränderten Umfange geltend, andererseits dauerte aber die rückläufige Bewegung in verschiedenen Zweigen der Großindustrie an.

Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankenkassen zeigte sich am 1. Oktober im Vergleich zum 1. Oktober insgesamt eine Zunahme der Beschäftigungsziffer um 9386 Personen, wobei zu bemerken ist, daß diese Zunahme lediglich den weiblichen Mitgliedern zuzurechnen ist. Im Vorjahre war die Zunahme bei den Kassen erheblich größer, sie belief sich auf 25.690 Personen.

Den Berichten der Arbeitsnachweise zufolge hat die im Vormonate vielfach beobachtete Aufwärtsbewegung nicht angehalten, es trat vielmehr ein Rückgang in die Erscheinung.

Die Verkehrsverhältnisse aus dem Güterverkehr der deutschen Eisenbahnen waren im Oktober 1908 um 3.529.971 Mt. niedriger als im Vorjahre. Es bedeutet dies gegen das Vorjahr eine Mindereinnahme von 123 Mt. oder 3,99 Prozent auf den Kilometer.

In der chemischen Industrie zeigte sich keine wesentliche Abänderung gegenüber dem Vormonat. Die alljährlich im Monat Oktober in einigen Zweigen der chemischen Industrie, insbesondere in der Herstellung von Kerkerstoffen, pharmazeutischen und photographischen Produkten eintretende Verlebung nahm keineswegs den Umfang an, der im Vorjahre zu bemerken war. Im einzelnen war die Glyzerinfabrikation nach wie vor schwach beschäftigt, die Extraktbranche hingegen gut. In der Kieselguhrindustrie war eine erhebliche Verschlechterung zu verspüren.

In der Steinzeugindustrie ließ die Beschäftigung immer noch zu wünschen übrig, wenn sich auch in manchen Betrieben eine Verbesserung gegenüber dem Vormonat zeigte; jedenfalls konnte eine Tendenz zur Verschlechterung nicht beobachtet werden, der Arbeitsmarkt war als normal zu bezeichnen.

Die Papierfabrikation zeigte kein einheitliches Bild. So war die Lage in Sachsen und Schlesien nach wie vor unbefriedigend, stellenweise trat allerdings eine gewisse Belebung ein.

Nach den Berichten der Arbeitsnachweise war der Arbeitsmarkt in der Papierindustrie (Papierherstellung und Verarbeitung) andauernd ungünstig. Wir greifen nachstehend einige besonders ungünstige Resultate heraus:

Stadt oder Landesteil	Arbeits- gelege	Offene Stellen	Belegte Stellen
Berlin	822	433	311
Westfalen	117	35	19
Rheinland	210	119	86
Bayern	347	155	107
Königl. Sachsen	405	139	96
Württemberg	201	93	68
Baden	169	31	24
Hamburg	216	61	54
Summa	2487	1066	765

In den in obiger Tabelle aufgeführten Landesteilen kamen mithin auf 100 offene Stellen 233 Arbeituchende, und nur 30 von 100 Arbeituchenden konnte solche nachgewiesen werden. Das ist ein Verhältnis, wie es gleich ungünstig seit langem nicht zu bezeichnen ist.

Die Regelung der öffentlichen Arbeitslosenfürsorge in Bayern.

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit, die schon jetzt erschreckenden Umfang angenommen hat, die sich aber im kommenden Winter zweifellos noch erheblich steigern wird, hat denn doch einige Regierungen und kommunale Körperschaften aufgeschreckt. Berlin hat auf Drängen der sozialdemokratischen Stadtverordneten eine Arbeitslosenversicherung vorgenommen und dabei 41.468 Arbeitslose festgestellt. Diese Zahl ist aber unvollständig infolge des unvollkommenen Zahlverfahrens, die wirkliche Ziffer ist bedeutend höher. Welche Maßnahmen die Reichshauptstadt treffen wird, um das ungeheure Elend zu lindern, bleibt abzuwarten. Viel wird nicht sein, denn der Berliner Kommunalfiskus ist von sozialpolitischen Reformen durchwegs nicht angezogen. Eine Reihe anderer Städte hat Weltsummen bewilligt oder Notstandsarbeiten bereitgestellt.

Von den Regierungen haben bisher nur wenige zu der Arbeitslosenfrage Stellung genommen. Die heilige hat die Handelskammern zu berichten darüber aufgefordert, wie der Arbeitslosigkeit im Gewerbe und in der Industrie vorgegangen, bzw. wie sie bekämpft werden können. Die bayerische Regierung will durch Zusammenwirken von Behörden und Privatindustrie die Beschäftigung ausländischer Arbeiter einschränken, um dadurch der Arbeitslosigkeit einheimischer Arbeiter entgegen zu begegnen. Am weitesten geht die bayerische Regierung. Sie hat eine Kommission einberufen, zu der die Vertreter der größeren Städte, die Vorstände der Arbeitsnachweise, sowie die Vertreter sämtlicher Gewerkschaftsrichtungen eingeladen waren. Der Vorschlag, als folgendes Programm zugrunde, aus dem wir nachstehende Punkte hervorheben:

1. Ist die Durchführung einer öffentlichen Arbeitslosenversicherung angezeigt und möglich? Ist es insbesondere Aufgabe der Gemeinden, namentlich der großen Städte, auf diesem Gebiete helfend einzugreifen?
2. Auf welche Fälle unfreiwilliger Arbeitslosigkeit soll sich die gemeindliche Fürsorge erstrecken?
- a) Ist die gemeindliche Unterstützung auszusprechen oder zu beschränken, wenn die Arbeitslosigkeit verursacht ist: 1. durch Arbeitsunfähigkeit oder infolge körperlicher oder geistiger Krankheiten oder Gebrechen angetretener Erwerbsbeschränkung? 2. durch Streik? 3. durch Aussperrung? 4. durch eigenes Verschulden?
- b) Ist die gemeindliche Fürsorge für die Saisonarbeiter und Gelegenheitsarbeiter besonders zu regeln?
- c) Soll der Rückweis einer längeren Arbeitslosigkeit (für die letzteren 3. 6. oder 12 Monate) vor Geltendmachung des Unterstützungsanspruchs gefordert werden?

Auf welchen Personalfreis soll sich die gemeindliche Fürsorge erstrecken? (Folgen Unterfragen über Bedienung oder Ausschließung bestimmter Berufsweige und Personengruppen.) Welche Form der gemeindlichen Fürsorge ist am meisten empfehlenswert? (Folgen Unterfragen über Spartätigkeit, Versicherungsanstalt, Genoss. Verfahren usw.) Wie ist die Pflicht zur Annahme von Arbeit zu regeln? (Unterfragen.)

Welche Kontrollmaßnahmen erscheinen notwendig und durchführbar? (Gegenüber einzelnen Versicherern und besonders gegenüber Arbeiterverbänden, die die Versicherung verwalten.) Welche Maßnahmen sind gegen Bezug auswärtiger Arbeiter zu treffen?

Eine besondere Gruppe von Unterfragen bezieht sich dann noch auf das Sparwesen, die Versicherungsbeiträge, auf Parteizeiten, Minderheiten, Mitverwaltung der Kassen durch die Versicherern und die Zahlungsweise beim Genoss. Verfahren usw.

In der Konferenz vertrat der Referent des Ministeriums den Standpunkt, daß die Arbeitslosenversicherung von den Gemeinden zu erproben sei. Am zweckmäßigsten dürfte sich das Genoss. System (Zuschüsse an die Gewerkschaften) erweisen. Der Vertreter der Regierung konstatierte, daß ein Zwang nur durch eine reichsweit eingeführte Versicherung eingeführt werden kann. Oberbürgermeister Seltsam-Augsburg bemerkte, daß es schwierig sei, einen gangbaren Weg zu finden. Borchmann erklärte, die jetzige Grundlage für einen Arbeitsnachweis im Lande geschaffen werden, damit man feststellen könne, ob eine Arbeitslosigkeit vorhanden sei. Reichsrat Gleißmann-Rosenberg forderte neben dem Zwang zum Arbeitsnachweis Durchführung einer Statistik.

Oberbürgermeister Kraft-Ludwigshafen betonte, daß Arbeitslosigkeit vorhanden sei. Namentlich ungelernete Arbeiter könnten nicht ausreichend beschäftigt werden. Es komme aber nicht nur diese Art Arbeitslosigkeit in Frage, sondern schlimmer noch fast der Mangel an Arbeitsgelegenheit für Arbeiter, die eine bestimmte Altersgrenze überschritten haben. Es sei geradezu bedauerlich, wenn Arbeiter, die das 40. Lebensjahr überschritten haben, nicht mehr eingestellt werden, weil sie zu alt sind. Daran seien die vielen kleinen Betriebsstätten schuld, die ältere Arbeiter nicht mehr aufnehmen.

Auch der Vertreter des Münchner Arbeitsamts, Dr. Hartmann, bestätigte, daß in Betrieben mit Betriebskrankenkassen ältere Arbeiter zurückgewiesen werden.

Besonders festhalten wollen wir hier die Versicherung des Vertreters der gelben Gewerkschaften — Chalet ist der Name des Braven —, der sich also vernehmen ließ:

„Ein Mann besteht nicht. Wer Arbeit finden will, findet sie. Die gelben Gewerkschaften sind gegen eine Arbeitslosenversicherung, die Arbeiter müssen sich mit den Arbeitgebern halten.“

Solch eigenartiger Frechheit gegenüber vermag natürlich jede Kritik. Ob denn bei diesem Arbeitervertreter alle Scham zu den Füßen gestiegen ist? Der Mensch verdient es, einmal einige Monate arbeitslos von Ort zu Ort gehet zu werden, damit er die Verlogenheit seiner Ausführungen recht kennen lernt.

Genosse Sigon wies dann an der Hand der Statistik im Reichsarbeitsblatt nach, wie groß der Umfang der Arbeitslosigkeit und welche bedeutende Summen die freien Gewerkschaften für Arbeitslosenunterstützung auswenden müssen. Die Gewerkschaften entlasten durch ihr wohlorganisiertes Unterhaltswesen die Armenpflege der Gemeinden ganz bedeutend, wofür die Städte auch zu Gegenleistungen verpflichtet seien. Er empfiehlt die kommunale Arbeitslosenfürsorge durch Zuschüsse der Gemeinden an die Gewerkschaften.

Dieselbe Ansicht vertrat Gemeindebevollmächtigter Kaiser-München (S. 2).

Der Abg. Oswald verlangte noch Aufhebung der Betriebskrankenkassen.

Die Versammlung stimmte schließlich einem Antrag des Genossen Segitz zu, eine Kommission einzulegen, die die verschiedenen Anträge näher prüfen und innerhalb dreier Monate einer weiteren Konferenz positive Vorschläge für eine Arbeitslosenversicherung unter Beteiligung der Gemeinden zu machen hat.

Obgleich mit diesem Beschluß die Frage der Arbeitslosenversicherung durchwegs nicht gelöst ist, so soll doch nicht verkannt werden, daß die Art der Behandlung der Frage einen wesentlichen Fortschritt bedeutet. Es kann nach dem Gange der Verhandlungen auch kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Vorschläge der Kommission in irgend einer Weise die Beteiligung der Gewerkschaften vorziehen werden. Zeitigen die Vorschläge aber gar ein brauchbares Resultat, so dürfte die Ausdehnung auf einige andere süddeutsche Staaten die Folge sein. Zur Norden allerdings, wo Preußen das Szepter führt, ist an solche Maßnahmen vorläufig nicht zu denken.

Aus der Zement- und Ziegeindustrie.

Der Steuerplan eines Ziegeleibesitzers.

Die Sorge um die zerrütteten Reichsfinanzen hat auch einem biederen Ziegeleibesitzer die Mühlenschleute in die Hand gedrückt, um für den schwindstüchtigen Reichsfiskus neue Steuerquellen zu suchen. Mit ziemlicher Sicherheit hat nun dieses Sonntagkind den Fleck bezichnet, wo der wunderwolle Hornsprudel, der dem Reichsfiskus jährlich 80—90 Millionen Mark spenden soll. Eine Besteuerung der Ziegelfeine ist die Quelle, auf die alle Hoffnungen des naiven Finanzgenies gesetzt sind. Vor einem Unternehmer, der sein eigenes Fabrikat besteuert haben will, um auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern, alle Achtung. Leider gibt es aber solche Käuze gar nicht. Auch dieser biedere Ziegeleibesitzer ist kein solcher. Denn nicht die Ziegeleibesitzer sollen diese Ziegelsteuer tragen — das wäre ihren Patriotismus zu viel zugemutet —, sondern sie soll, wie alle Steuern, auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.

Der Vater des originellen Gedankens ist ein Guts- und Ziegeleibesitzer H. Seidler, der in der „Tonindustrie-Zeitung“ seine Phantasie spielen läßt. Doch lassen wir den Herrn Seidler hier selbst sprechen:

„Der Grundgedanke meines Vorschlags ist eine Besteuerung aller deutschen Ziegelewaren in solcher Form, daß die Abwälzung der Steuer von den Ziegeleien auf die Allgemeinheit möglich wird, und daß so eine ideale Verteilung der neuen Last auf alle Schichten der Bevölkerung entsteht. Mein Entwurf würde dem Reichsfiskus, da alljährlich nach zuverlässigen Ermittlungen allein etwa 26 Milliarden Hintermauerungsziegel in Deutschland hergestellt werden, ohne Berücksichtigung von Feldbränden usw. mindestens 80 bis 90 Millionen Mark jährlich einbringen.“

Ich schlage vor: In dem ganzen Deutschen Reich auf jedes Tausend Hintermauerungsziegel bzw. Steine, gleichviel ob Zement-, Ton-, Zement-, Kalk- oder ähnliche Steine, wenn sie nur dem Zweck der Hintermauerung dienen, eine Verkaufssteuer von 2 Mt., auf Dachziegel, poröse Ziegel, Dedenziegel, Schornsteinziegel bzw. Steine, Fajen, Achtele, Hohlziegel, Rundziegel, Rohre aller Art eine entsprechend höhere Steuer nach besonderem Tare zu legen, wertvollere Waren aber, die dem Weltmarkt unterliegen und an dem Zollgelegenheit interessiert sind, als Schanottewaren, Ziegel, Kunstgegenstände und ähnliche Waren von der Besteuerung auszuschließen.“

In den weiteren Ausführungen wird auf die gerechte Verteilung der Ziegelsteuer hingewiesen, da sich dieser niemand entziehen könne. Ob arm oder reich, jeder müsse wohnen, mithin müsse auch jeder die Steuerlast mittragen helfen. Herr Seidler phantasiert dann weiter:

„Und wie verschwindend gering würde die Verteuerung der Wohngelegenheiten werden. Hierfür ein Beispiel: Auf ein vierstöckiges städtisches Wohnhaus, welches 12 Wohnungen für kleine Beamte oder besser gestellte Arbeiter enthält, gehen etwa 200.000 Ziegel. Diese Ziegel könnten im Durchschnitt des Staats für das Tausend billiger durch dieses Gesetz 3 Mt. über die bisherige Durchschnittspreise steigen, als Folge von Steuer und Zusammenschluß der Industrie. Dann würde ein solches Haus 600 Mt. teurer als bisher. Hierzu könnte durch erhöhte Preise bei anderen Ziegelewaren noch eine weitere Steigerung von etwa 200 Mt. kommen. Der Hausbesitzer müßte dann — 5 v. H. Zinsen vorausgesetzt — im ganzen 40 Mt. Miete für das Jahr mehr fordern, — um seine Rechnung zu finden. Das würde für die Wohnung etwa 3,33 Mt. im Jahre ausmachen.“

Nach dem vorliegenden Nachwerk würden in Zukunft alle Mieter der neu zu erbauenden Wohnhäuser zu einer Extrasteuer herangezogen. Besonders die Einwohner der aufblühenden Industrieorte, die Arbeiterklasse, würden dadurch hart getroffen. Die zahlungsfähigen, bestehenden Schichten in Stadt und Land, die heute schon ein eigenes Heim besitzen, blieben von dieser Extrasteuer verschont. Der Millionär auf seinem alten Stammsitz wäre steuerfrei, der besitzlose Prolet aber, der nach dem neuerbauten Fabrikdorf zieht, müßte

Und wegen dieser Schwierigkeiten soll die Mitwirkung der Arbeiter an der Grubenaufsicht so gestaltet werden, wie auf den festlichen Gruben im Saarrevier.

Arbeiterausschüsse sind da die Arbeiterkontrollen. Aber diese haben keinen Rückhalt in starken Organisationen. Sie haben ferner keinen Beitritt in Arbeiter, welche in der Schule der Organisation über ihre Rechte Aufklärung fanden. Denn Organisation und Aufklärung ist in Saarrevier unter Quarantäne gestellt, etwa wie die Pest. Die festlichen Betriebe dieses Reviers waren den Privatwerkbesitzern Lehrer und Vorkämpfer in Unterdrückung der Organisation und in der Ausschaltung mißliebiger gewordener Arbeiter. Und eine Grubentrunkolle, die nicht in der Kraft der Organisation wurzelt, gleicht einem Messer ohne Klinge und Heft.

In der Besprechung, in welcher die christlichen Arbeiterorganisationsvertreter Wiedberg und Schiffer neben unserm Genossen Hue ein Reichsberggesetz forderten, stellte sich heraus, daß fast alle Nehmer mit Ausnahme des Reichsparteilers Höffel sich für ein Reichsberggesetz aussprachen. Selbst der nationalliberale Nehmer, dessen preussische Landtagsfraktionsgenossen Gegner eines Reichsberggesetzes bislang gewesen, sprach sich nunmehr für letzteres aus. Besonders wirkungsvoll vertrat der Abgeordnete Hue die Forderungen der Bergarbeiter. Seine Rede bildete eine wichtige Anklage gegen die Regierung und die Praxis der preussischen Bergbehörde. Die Besprechung bot ein interessantes Zwischenspiel. Bekanntlich ist das ausländische Arbeiterelement im Vergabn Westfalens stark vertreten. Der Abgeordnete Hue beklagte es nun, daß der § 12 des Vereinsgesetzes (Sprachparagraf) verhindere, die Ausländer über die Gefahren des Bergbaues aufzuklären. Die Polizei verhindere alle Versammlungen, in denen Polnisch gesprochen werde. Das ist entgegen der Zulage des Staatssekretärs, welche in dritter Lesung gegeben. Deszufolge sollte der § 12 auf gewerkschaftliche Bestrebungen keine Anwendung finden. Der Herr Staatssekretär bestritt, daß seine Erklärung einen solchen Sinn gehabt. Eine Zulage ist aber gegeben. Hue reklamierte diese Zulage auch für die freien Gewerkschaften. Der Herr Staatssekretär, der sich am Ministerische befand, erhob keinen Widerspruch. Diese Seite der Debatte wird noch eine Ergänzung erfahren, denn eine Anzahl Abgeordneter, darunter der gutgläubige Naumann, hätten ohne die Zulage nicht für den § 12 gestimmt, dieser wäre dann gefallen.

Die Debatte wurde verlagert, der Reichstag wandte sich wieder der Finanzdebatte zu. Neben einer Anzahl dilettantischer Hände hat die Regierung den Reichskanzler, den Schatzsekretär Sydow und den preussischen Finanzminister, Herrn von Rheinbaben, zur Begründung ihrer „begehrten“ Steuerforderungen ins Feld geschickt. Sydow sprach 3 1/2 Stunden. Der Grundton aller Reden ist: „Das deutsche Volk ist nicht arm, es ist reich und stark genug, neue Lasten zu tragen.“ „Zurück zur größten Sparsamkeit und Einfachheit“, das jagte jener Kanzler, dessen Regiment dem Volke die agrarischen Handelsverträge und die Verteuerung der Lebensmittel beizugibt, und der die Schulden bis ins Unentzählige gehäuft hat. Wahrscheinlich, ein berufener Apostel der Sparsamkeit.

Allerdings ist das Maß der Schulden unerträglich, und nicht nur wegen der finanziellen Bedrückung: Zinsenlast, Verteuerung des Geldes und so fort, nein auch unerträglich für das Wirtschaftsleben, für Handel und Wandel schädlich! Ansehen und Kredit des Reiches gehen in die Brüche. Wer hat Achtung vor einem Verschwendner? Wer demut vor einem Verschwendner? Bei Gründung des Reiches Milliardenlagen, bis Mitte der sechziger Jahre schuldenlos. Im Jahre 1878 139 Mill. Mt. Schulden, 1888 884 Mill. Mt. Schulden, 1908 4400 Mill. Mt. Schulden, und eine Milliarde steht für das nächste Jahr in Aussicht! Und wofür sind die ungeheuren Summen „verzungen und veran“? Militarismus, Militarismus, Weltpolitik stellen das Maß der Ausgaben dar, durch welches Schweiß und Kraft des Volkes, ungenutzt in Gold, dahin rannen. Seit mehr als 10 Jahren steht Deutschland mit den Ausgaben für das Meer an erster Stelle.

Es war im Jahre 1906/07 belastet mit 639 235 600 Mark Ausgaben für das Meer. Diese enorme Summe ist im Jahre 1906/07 auf 862 399 760 Mark angewachsen. In den Ausgaben für den Militarismus ist also Deutschland wirklich in der Welt voran! Es gibt nun Leute, die durch ihre sittenherzerliche Tätigkeit den Verdacht erregen, als strebe Deutschland nach dem Ziele, auch bezüglich der Flotte an die erste Stelle zu gelangen, denn 1896 ließ Deutschland sich mit der sechsten Stelle im Flottengeschwaber der Staaten befinden. Heute nimmt es die dritte Stelle ein. Dieses Wettrennen veranlaßt nur eine Steigerung der Ausgaben für die Kriegsstärke von 87 411 360 Mark auf die „kleinliche“ von 267 956 696 Mark. Dazu kommt die geldverzehrende Kolonialpolitik! Das Wunder, wenn dann die Schulden wachsen und der Geldhunger des Reiches nicht zu stillen ist.

Von den neuen Steuern interessiert zunächst das Branntweinverbrauchs-Steuer. Das ist nach dem Grundgesetz angeblich, dem Verbot der Lizenzen, dem Reichs Gewinn, dem Erzeuger Liebesgaben und ihrem Abzug bei guten Preisen. Dem Brenner soll in Zukunft die Schlempe kostenfrei bleiben. Schlempe ist ein viel gedrahtetes Nebenprodukt. Bei einer Produktion von 800 Hektoliter Spiritus werden ungefähr für 7600 Mark Schlempe verbleiben. Außerdem sollen nun alle bestehenden Brennereien für jeden Hektoliter Alkohol ihres jährlichen Ertrages auf zehn Jahre hinaus jährlich 10 Mark Grundsteuer erhalten. Damit ist die alte Liebesgabe ins neue Gesetz hineingezerrt.

In Bayern waren unsere Agrarier nie spärlich, wohl aber im Gebirge. Damit dem Schuppenvertrag durch antialkoholische Reaktionen im Gebirge geschähe, forderte der Oberagrarier von Schwerin-König eine Steuer auf antialkoholische Getränke, um in demselben Interesse die Ruchlöcher zu bekämpfen. Die Ruchlöcher oder Erbschäfersteuer bringt sowohl in England, als auch in Frankreich höhere Erträge als in Deutschland, und zwar seit langem. In Deutschland ist die Erbschäfersteuer fast nicht erst seit dem Jahre 1906 eingeführt. Während ihr Ertrag in England 335 Millionen Mark beträgt, befreit er sich in Deutschland nach den Forderungen für Reich und Einzelstaaten auf 200 Millionen. Gegen die Steuer machte das Zentrum Protest, die Konservativen, die Reichspartei und die Nationalliberalen! Dabei beginnt die Steuer erst bei Erbschäfern im reinen Werte von 30 000 Mark. Sie beträgt da ein halbes Prozent, bei 75 000 Mark ist es 1 Prozent. Es würde bei einer solchen Erbschäfersteuer von 750 Mark zu erziehen sein, bei 100 000 Mark 1 1/2 Prozent, 150 Mark, bei 200 000 Mark 2 1/2 Prozent, bei 450 000 Mark, endlich bei einem Ertrage von 1 000 000 Mark 2 1/2 Prozent oder 25 000 Mark. Nun ist es allerdings unannehmlich, an den Reichs 29 000 Mark zahlen zu müssen. Aber 1 Million zu zahlen, ist ein so angenehmes Geschäft, daß sich dafür ein Arbeiter tun läßt.

Für Arbeit, Geld und Gehaltssteigerungen können wir in einem besondern Artikel nachhaken. Das Zentrum aber eine sozialdemokratische Partei, die an der geplanten Volkserhebung teilnimmt, welche der preussische Finanzminister, dieser Stellung der Agrarier und Zunker, einen Anstoß gegen Gewerkschaft und Partei, die den Kampf der Arbeiter und deren Erhebung, der die Herrschaft über den Staat erringt, daß die Steuern, welche die organisierten Arbeiter erheben als Versicherungsbeiträge gegen Arbeitslosigkeit und Lebensversicherung, nicht auch in den abgesehenen Teil des Reiches fließen. Das ganze Gerücht von der Verteilung der Arbeiter durch Partei und Gewerkschaft beweist weiter nichts, als die unrichtige Auffassung des preussischen Ministeriums. Ein weiterer Grund ist, daß der Arbeiter organisiert sein muß, wenn er sich mit der Last der Steuern abfinden, daß die Arbeiter des preussischen Kampfes für sich und eigenen Nutzen und eigenen Interessen kämpfen. Bei der Forderung der Gewerkschaften und Parteien zur Bekämpfung der Arbeiter zu ignorieren, überlassen sie andere. Mit der Lösung ist man zufrieden, den 28. November, zu Ende gekommen. Die Finanzminister gingen dann an eine Kommission von 29 Personen. Der Herr Staatssekretär, die jedes Klagen aus der Steuerdebatte gebunden, wird ihr Dikt so stark bleiben, daß sich das Volk mit einem starken Bewußtsein gegen machen kann.

bleiben. Mit der gerechten Verteilung steht es also sehr wenig aus.

Wir sind indes nicht weit genug, um zu glauben, daß es bei diesem Ergebnis bliebe. Denn die Einführung der Ziegelfsteuer bedeutet für die Hausbesitzer nicht nur einen Wertzuwachs, sie würden sich auch diese günstige Gelegenheit nicht entgehen lassen, um die Miete allgemein zu erhöhen.

Nicht nur die Mieter der zu erbauenden Häuser, sondern alle Mieter ohne Ausnahme wären die Leidtragenden. Ob die Hausbesitzer mit einer 5prozentigen Verzinsung zufrieden sind, bezweifeln wir, jedenfalls würde die Mietsteigerung sich mehr wie 3,33 Mt. ausmachen. Der Nutzen der Ziegelfsteuer würde also nicht nur in den unergründlichen Reichstümpeln fließen, sondern auch, und zwar zum größten Teil, in die ebenso unergründlichen Taschen der Hausbesitzer.

Der Dritte im Bunde, der an dem Baugeschäft teilnehmen will, sind die Ziegeleibesitzer. Mit Hilfe der Steuergroßheit der Mieter will Herr Seidler die technisch rückständigen, konkurrenzunfähigen Ziegeleien zu Goldgruben machen. Er fordert nämlich für sich und seine Verursacher nichts andres als ein Ziegelmopol. Selbstverständlich scheut er dabei auch nicht vor einem Attentat auf die Gewerbefreiheit zurück. Der Profit kennt keine Schranken. Herr S. macht nämlich folgende Vorschläge:

„Damit das Zieglergewerbe in die Lage gesetzt wird, diese Last zu ertragen, wird zunächst auf die Dauer von 15 Jahren keinerlei Erlaubnis zur Errichtung einer neuen Ziegelei oder zur Vergrößerung einer bestehenden Ziegelei erteilt. Auch die Errichtung von Feldbränden muß unter Verbot gestellt werden.

Sollten sich im Laufe der 15 Jahre die Preise für Ziegelewaren infolge von ungesundem Syndikalismus wider Erwarten so heben, daß hierdurch eine Gefahr für das deutsche Baugewerbe oder eine empfindliche Verteuerung der Wohnungen entsteht, so soll der Bundesrat auf Vorschlag des betr. Bevollmächtigten nach Anhörung der Ortsinstanzen und nach vorheriger gutachtlicher Äußerung der zuständigen Handelskammer ausnahmsweise beauftragt sein, neue Ziegeleigenbewilligungen zu erteilen oder staatliche Ziegeleien zu errichten.“

Das wäre also die Wünschelrute des Ziegeleibesitzers, die ihn die neue Quelle finden ließ. Der gute Mann dachte jedenfalls, wenn das Volk zugunsten der Krant- und Schnoppsjunker geschöpft wird, so sind auch die Behmsjunker keine Stiefkinder, auch sie wollen einmal aus der Staatskrippe klettern. Die lästige Konkurrenz wird einfach ausgeschaltet und friedlich, schließlich wird die Deute verteilt. Wie Herr S. noch von einer Last sprechen kann, die das Zieglergewerbe zu ertragen habe, ist uns, nachdem er diese schon von vornherein auf die Allgemeinheit abwälzen will, nicht ganz klar, sein Gedächtnis scheint etwas schwach zu sein. Im übrigen hat er es mit seinem Steuerplan sehr eilig, denn er meint:

„Wenn der Herr Reichshauptkassier sich entschließen würde, alsbald eine Konferenz von Sachverständigen aus allen deutschen Gaue nach Berlin zu berufen, so würde in 4-6 Wochen der Regierung ein Vorkursus unterbreitet werden können, zu welchem der Bundesrat noch vor Weihnacht in Stellung nehmen könnte. Die Personalvorschläge zur Einberufung einer solchen Konferenz könnten am besten die großen Ziegeleibesitzervereine in Deutschland machen.“

Die „Tonindustrie-Zeitung“ klatscht dem ganzen Schwarzen den üblichen Beifall und bemerkt dazu: „Es ist nicht daran zu denken, daß der Ziegeleibesitzer die Steuer aus eigener Tasche zahlt. Er wird sie von sich auf den Händler, dieser auf den Bauunternehmer, dieser auf den Hauseigentümer und dieser auf den Mieter abwälzen. Die geringe die Steuer für den letzteren sein wird, haben wir oben gesehen. Wir halten den Vorschlag der Erörterung für wert, einerseits weil die neue Steuer eine der wenigen wirklich gerechten sein würde. Der Große wie der Kleine, der Reiche wie der Arme würde entsprechend seinen wirtschaftlichen Verhältnissen durch sie ganz verhältnismäßig belastet werden. Andererseits würde die deutsche Ziegeleiindustrie einen unendlichen Vorteil gewinnen: die Uebererzeugung würde aufhören, das Drücken der Preise würde verschwinden und eine gute Einnahme würde den Ziegeleibesitzern gewiß sein.“

Eine eigenartige Gerechtigkeit, die den Mieter zahlen läßt, damit die Ziegeleibesitzer eine „gute Einnahme“ haben. Jedenfalls ist das Unternehmergerechtigkeit. Es ist ein Zeichen der Zeit, daß man sich mit solchen wahrwichtigen Plänen überhaupt an die Öffentlichkeit wagt. Sache der Arbeiter wird es deshalb sein, nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch ihre Arbeiterpflicht zu erfüllen, um die maßvolle Dreifigkeit der Unternehmer in ihre Schranken zu weisen. Mag Herr Seidler, wenn ihm das Wohl des Reichsfiskus am Herzen liegt, seinen Patriotismus praktisch betätigen und selbst in die Tasche greifen, das arbeitende Volk möge er aber mit seiner Phantasie verschonen.

— **Arbeiterlos.** In der Hermsdorfer Ziegelei bei Eichenberg wurde der verheiratete Arbeiter Tennhardt beim Lehmgängen von einer einfallenden Eismasse verwundet und verletzt und konnte nur als Leiche geborgen werden. Die elenden Löhne, die bei dieser Arbeit gezahlt werden, machen alle Schutzvorschriften wirkungslos. Der harte Kampf ums tägliche Brot macht alle Vorsicht zunichte. Ausreichender Lohn ist die einzige Schutzvorrichtung und Organisation die einzige Gewähr, diesen zu erringen.

— **Lohnreduzierung.** In der Wieslocher Tonwarenfabrik wurde durch Anschlag eine 10prozentige Lohnkürzung bekannt gegeben. Den hereinziehenden Winter und die gegenwärtige Krise zur Niederdrückung der elenden Arbeiterexistenz auszunutzen, ist eine Maßnahme, die auf Arbeiterknechtschaft keinen Anspruch machen kann. Das betreffende Werk ist Mitglied des Verbandes deutscher Tonindustrieller, der bei jeder Gelegenheit beteuert, seine Hauptaufgabe sei die Förderung gedeihlicher Verhältnisse zwischen Arbeiter und Unternehmer. Was diese Herren unter „gedeihlichen Verhältnissen“ verstehen, zeigt diese Lohnkürzung. Die Direktion wird aber in ihrem Bestreben, die völlig unzureichenden Löhne noch mehr herunterzubringen, durch die Gleichgültigkeit der Arbeiter noch unterstützt. Denn bis jetzt haben sie es noch nicht für notwendig erachtet, dem Beispiel der Wieslocher Aktiengesellschaft zu folgen und sich ebenfalls der Organisation anzuschließen. Als eine Folge ihrer Interesslosigkeit müssen sie nun jede Verschlechterung stillschweigend hinnehmen. Hoffentlich zeigt ihnen das Vorgehen der Verksleitung nun den Weg in die Organisation, damit nicht nur die Verhältnisse der Aktionäre, sondern auch ihre eigenen zum Besseren kommen.

— **Ein wilder Streit.** In der Dampfziegelei S. Hädinger in Aglasterhausen kam es am 17. November zu einem kleinen Aufruhr. Die normale Arbeitszeit betrug seither 10 Stunden. Am 1. Oktober wurde dieselbe wegen Mangels an Aufträgen um eine halbe Stunde täglich verkürzt; der Stundenlohn blieb der gleiche. Am 15. Oktober wurde die Arbeitszeit abermals

um eine halbe Stunde täglich verkürzt. Die Erbitterung über den Lohnausfall für 1 1/2 Stunden täglich war derart, daß sämtliche Arbeiter am 17. November mittags die Arbeit nicht wieder aufnahmen. Jetzt gelang das, was überall geschieht und geschehen muß, wo die ausbeuteten Arbeiter keine Organisationsorgane besitzen, um sie fester finanziellen Rückhalt haben: die Fabrikleitung erklärte einfach, daß die Arbeiter, die nicht sofort die Arbeit wieder aufnehmen, entlassen würden, worauf denn auch sämtliche wieder zur Arbeit zurückkehrten. Mögen die dortigen Arbeiter darüber nachdenken, ob es von den Unternehmern gerecht ist, während des guten Geschäftsganges riesige Profite einzufahren, den Arbeitern aber nur das notwendigste Geld in Form des Lohnes zum Lebensunterhalt zu überlassen, und in Zeiten schlechten Geschäftsganges letztere ganz auf Hungerlohn zu setzen. Herr Hädinger hat die Notwendigkeit der Organisation erkannt, er gehört schon lange dem Verband deutscher Tonindustrieller an, um seine Interessen wahrzunehmen. Mögen ihm endlich auch die Arbeiter folgen und sich dem Fabrikarbeiterverband anschließen, dann werden sie den übermächtigen Herren trotzen können.

— **Einen schlaf fertigen Meister.** Der Friedrichshelder Steinzeugwarenfabrik in Herrn G. Probst. Der verheiratete Arbeiter Peter Ewald hatte kürzlich Sonntags morgens 6 Uhr seine 24 stündige Arbeitsschicht angetreten. In der Nacht von Sonntag auf Montag kam obiger Meister und revidierte die Arbeiter, wobei es zwischen dem Meister und dem Arbeiter Ewald zu Differenzen kam, in deren Verlauf der Meister den Arbeiter mit einem Wasserstrahl so schlug, daß derselbe sich krank nieder mußte. Wir glauben daß ein Arbeiter, der schon achtzehn Stunden Arbeitszeit hinter sich hat, geschlagen genug ist, denn die Arbeit im Brennhäus, wo eine große Hitze herrscht und jeder Brenner mitunter 8-12 Feuerungen bedienen muß, ist kein Kinderpiel. Auffällig ist, daß der betreffende Arbeiter so schnell wieder arbeitsfähig geworden ist. Der Arzt soll dem Arbeiter geraten haben, den Fall anzugehen. Wenn sich derselbe aber beeinträchtigt ließ, das nicht zu tun, so hat er jedenfalls seine guten Gründe gehabt. So mancher Arbeiter läßt sich heutzutage lieber einmal durchprügeln, anstatt Arbeit und Brot zu verlieren. Es ist das ein trauriges Zeichen, an dem aber auch die Arbeiter nicht ganz unschuldig sind. So lange sie ihre Arbeiterpflicht vernachlässigen, so lange brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn Unternehmer und deren Trabanten ihre Arbeiterrechte niedertrampeln.

— **Schifferskadt.** Unternehmerrhumanität. Die hiesige Ziegelei Sulbus u. Komp. hat kürzlich infolge des schlechten Geschäftsganges eine Anzahl Arbeiter entlassen. Merkwürdigerweise wurden aber lauter ältere und verheiratete Arbeiter von dieser Maßnahme betroffen. Die jungen und ledigen Arbeiter dagegen werden weiter beschäftigt. Ob bei der Auswahl Zufall oder Absicht waltete, wer kann es wissen? Jedenfalls fällt es den alten Arbeitern, die Kraft und Gesundheit im Dienste des Kapitals geopfert haben, nun recht schwer neue Arbeit zu finden. Es sind ja genug junge Kräfte vorhanden, die stinker, leistungsfähiger und billiger sind, da können die alten, ausgemergelten Arbeiter schon in die Pampelpflanzung wandern. Es sollte das aber für alle älteren Arbeiter und auch für die, welche es werden, eine Mahnung sein, sich bei Zeiten der Arbeiterorganisation zu erinnern, damit sie sich vor dieser Unternehmerrhumanität schützen können.

Aus der Papierindustrie.

+ **Enttäuscht.** wurden die Aktionäre der Elberfelder Papierfabrik. Die Verwaltung macht nämlich bekannt, daß die Gesellschaft mit einem Betriebsverlust von 506 619 Mt. abschließt, wozu 326 048 Mt. (im Vorjahre 361 351 Mt.) gewöhnliche Abschreibungen und 302 000 Extraabschreibungen treten, so daß sich der neue Gesamtverlust auf nicht weniger als 1 134 067 Mt. stellt. (Im vorigen Jahre hatten gegenüber dem Fabrikationsüberschusse von 1 399 544 Mt. die Unkosten 1 216 682 Mt. erfordert, so daß nach den Abschreibungen ein Verlust von 166 456 Mt. entstanden war.) Durch die Deckung des neuerlichen Verlustes reduziert sich die Reserve weiter auf 735 977 Mt. bei drei Millionen Mark Grundkapital. Das schlechte Ergebnis begründet die Verwaltung zum größten Teil mit unrichtigen Maßnahmen der früheren Geschäftsleitung.

Darunter soll verstanden sein die Errichtung einer Filialfabrik in Zehlendorf, die statt der veranschlagten 2 1/2 Millionen weit über 5 Millionen Mark kostete. Der „Macher“ dieses Planes, Direktor Lebbke, ist denn auch im Januar d. J. aus der Direktion ausgeschieden. Als Grund wurden „Gesundheitsrückichten“ angegeben. Es scheint sich aber nicht um die Gesundheit des Direktors, sondern um die des Unternehmens gehandelt zu haben. Früher war der Betrieb sehr rentabel, in den Jahren 1903/04 und 1904/05 konnten noch je 20 Prozent Dividende verteilt werden, die 1905/06 auf 7 Prozent zurückging. Der jetzige Vorstand verpricht in seinem Bericht, daß er „in energischer Weise nach jeder Richtung hin Wandel geschaffen hat“; hoffentlich hat er das nicht auf Kosten der Arbeiter getan!

+ **International** ist die Rücksichtslosigkeit der Unternehmer. Wir berichteten in voriger Nummer über den Versuch des Vereins deutscher Papierfabrikanten, den Arbeitern einen „blauen Montag“ (unter 17 % Verdienstausschlag selbstverständlich) einkuscheln zu lassen. denselben Versuch haben nun auch die Papierfabrikanten in Schweden und Norwegen gemacht. Die schwedische Abteilung der skandinavischen Zellulosefabrikantenvereinigung fand an sämtliche Zellulosefabriken ein Zirkular, in dem eine 20 %ige Einschränkung der Betriebe vorgeschlagen wurde. Dadurch würde der Produktionswert um 12 bis 18 Millionen Kronen vermindert und ca. 2000 Arbeiter überflüssig. Die Antwort der Unternehmer lautet, wie in Deutschland, in der Weisheit ablehnend.

+ **Wasserausperrung in Norwegen.** Die Norwegische Arbeitgebervereinigung hat eine allgemeine Aussperrung für die gesamte Zelluloseindustrie des Landes angedroht. Davon werden ungefähr 5000 Arbeiter betroffen. In drei Fabriken sind 500 Arbeiter schon seit Mitte November ausgesperrt, weil sie sich nicht eine Lohnherabsetzung, die bis zu 1 Krone den Tag, also 300 Kronen im Jahre, betragen soll, gefallen lassen wollten. Es sind nun zwar neue Verhandlungen angeknüpft, doch ist es zweifelhaft, ob sie zur Einigung führen werden, da die Unternehmer der Zelluloseindustrie den schlechten Geschäftsgang zu einer allgemeinen Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausnützen wollen. Wird die Aussperrung nicht beiseiten überhört, so wird sie wahrscheinlich auch auf die Papierfabriken übergreifen.

+ **Eine bedeutende Papierstadt.** Americas ist Kalawazoo im Staate Michigan, in welcher 4 000 000 Dollar (16 800 000 Mark) in der Papierindustrie angelegt sind. Nach einem Bericht der städtischen Körperschaften an den Minister des Staates sind 5 Papierfabrik-Gesellschaften anässig, welche ein Betriebskapital von 2 150 000 Dollar besitzen und Aktien im Werte von 2 259 964 Dollar ausgegeben haben, denen Verbindlichkeiten im Betrage von 1 135 963 Dollar gegenüberstehen. Die 5 Gesellschaften haben gegenwärtig 9 Fabriken im Betriebe, 3 neue sind im Bau begriffen. Der Papierverarbeitung dienen 13 Gesellschaften mit einem Betriebskapital von 951 600 Dollar und einem Aktienkapital von 1 243 565 Dollar. Verbindlichkeiten haben diese Gesellschaften 301 588 Dollar. Diese 13 Papierverarbeitungsfirmen betreiben 2 Streichpapier-, 1 Schreibmaterialien-, 2 Kartonsagen-, 2 Spielkartenfabriken, 1 Kuerzfabrik, 17 Druckerien, 3 Zeitungsunternehmen und 3 Buchbindereien. In dieser bedeutenden Industrie sind 3000 bis 3500 Arbeiter tätig.

+ **Abgebrannt** ist am 21. November ein Betrieb der Vereinigten Baugener Papierfabriken. Da die Gesellschaft noch 5 weitere Betriebe besitzt, wird sie die Bestellungen durch diese erledigen können. Der Brandschaden ist durch Versicherung gedeckt. Die 310 Arbeiter, die in der abgebrannten Fabrik beschäftigt wurden, sind zum erheblichen Teil arbeitslos geworden, sie haben also den Schaden der Katastrophe zu tragen.

+ **Revolver.** In der Zellulosefabrik Magan wurden in letzter Zeit 6 Arbeiter, die 6-12 Jahre im Betriebe beschäftigt sind, entlassen. Als Grund wurde angegeben, die 6 hätten ohne Erlaubnis den Betrieb verlassen. Nun sind solche „Verstöße“ aber schon häufig und schon jahrelang vorgekommen, ohne daß die Firma das mit Entlassung bestraft hätte. Die Vertreter der Organisation versuchen, die Betriebsleitung zur Wiedereinstellung zu bewegen, hatten damit jedoch keinen Erfolg. Auf die Arbeiterknechtschaft der Firma wirkt es ein eigenartliches Licht, wenn sie kurz vor dem Weihnachtsest langjährige Arbeiter aus so wichtigen Gründen entlassen macht. Eine Betriebsvereinbarung, die sich mit dem Vorkommnis beschäftigt, sprach ihre Entrüstung über das Vorgehen aus und gelobte, trotz aller Bitterkeit wegen solcher Schikanierung nun um so fester zur Organisation zu stehen.

Aus Arbeitgeberverbänden.

Der Verband von Arbeitgebern im bergischen Industriebezirk.

Der Arbeitgeberverband im bergischen Industriebezirk, in dem die chemische Industrie sehr stark vertreten ist, schreibt in seinem Jahresbericht für 1907/08 im Anschluß an einen Bericht über den Streik der Riemengarnschleifer folgendes:

„In Uebereinstimmung mit unsern bisherigen Anschauungen und Erfahrungen hat der Vorstand es wiederum bestätigt, wie wenig angebracht in den Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein Eingriff dritter Person ist. Wenn es sich um vitale Interessen der Industrie handelt und die Dinge hart auf hart stehen, gibt es nichts zu vergleichen, und doch so wohlgemeinte Einmischungsversuche von außen sind da nicht am Platze. Es ist ja nichts leichter, als in den wirtschaftlichen Kämpfen den beiden Streitparteien eine mittlere Linie zu zeigen, auf die der eine Teil zurück- und der andre vorgehen soll, um dann den Ruhm eines Friedensstifters einzuernten. Den Arbeitgebern ist damit am allerwenigsten gebietet, denn sie sind regelmäßig der Nachgebende und der andre Teil der Empfangende. Ob die Möglichkeit einer Einigung vorliegt, oder der Kampf abzubrechen und Frieden zu schließen ist, können die Streitparteien selbst erkennen, und die diesbezüglichen Verhandlungen werden von ihnen aus besten direkt geführt, nötigenfalls unter Zuhilfenahme ihrer Organisation.“

Das ist eine glatte Abgabe an die Herren, die aus gutgemeintem Eifer wirtschaftliche Kämpfe schlichten wollen. Die Abgabe ist um deswillen interessant, weil gerade dieser Arbeitgeberverband wiederholt über die mangelnde Friedensliebe der Arbeiter öffentlich lamentiert hat. Jetzt fühlt er sich offenbar stark genug, die Maske des Friedensengels abzulegen, die Krise scheint ihm Mut gemacht zu haben. Leeres Gerede ist der Satz, daß eventuell die beiderseitigen Organisationen verhandeln sollen. Die Mitglieder dieses Verbandes sind zum erheblichen Teil gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter und der Verband hat diese Gegnerschaft anlässlich des Streiks in der Farbenfabrik in Leverkusen im Jahre 1904 ausdrücklich sanktioniert. Daran soll hier nur erinnert werden.

Des weiteren wendet sich der Verband in seinem Jahresbericht gegen die Errichtung von Arbeitskammern, gegen die gesetzliche Regelung der Tarifverträge und gegen die Versuche, die Arbeitsvermittlung gesetzlich bezw. auf kommunalen Wege zu regeln. Die Arbeitgeber nachweise werden befürwortet. Sie helfen angeblich dem „fleißigen und tüchtigen Arbeiter“ fort und halten die „unkauteren Elemente“ in Schranken. Der Bericht schließt mit den Worten: „Die deutsche Industrie kann ihre hervorragende Stellung auf dem Weltmarkt nur behaupten, wenn sie sich auf den tüchtigsten Arbeiterstand stützen kann und der Heranziehung eines solchen dienen die Arbeitgeber nachweise.“ Daß die Industrie einen tüchtigen Arbeiterstand braucht, erkennen wir an, wieweil aber die Arbeitgeber nachweise diese tüchtigen Arbeiter heranzuziehen sollen, ist unerfindlich. Wohl aber wissen wir, daß diese Nachweise fast immer Maßregelungsbüroaus sind, auf denen die organisierten Arbeiter geregelt werden. Da aber gerade die tüchtigsten Arbeiter regelmäßig organisiert sind, erweist sich der Maßregelungsnachweis der Unternehmer als ein Mittel, die tüchtigsten Arbeiter von den Verbandsbetrieben fernzuhalten und schädigt somit direkt die Industrie. Aber der Satz gegen die Organisationen macht die Unternehmer blind!

Fürsorge für Streikbrecher.

Der Unternehmerverband Mannheim-Ludwigshafen hat an seine Mitglieder folgendes Rundschreiben erlassen:

„Zwischen den Vertretern der Metallindustriellen Mannheim-Ludwigshafen, Holzindustriellen, Chemische Industrie usw. wurde beschlossen, nachfolgende Gegenstände anzuschaffen und den Mitgliedern kostenlos leihweise bei Streiks zu überlassen: 18 Betten, 146 Matrasen, 213 Decken, 147 Kopfkissen, 168 Bettlaken, 82 Handtücher, 4 Eimer, 14 Waschkannen, 36 Schüssel, 101 Sandbüchsen, 14 Milchkannen, 160 Kaffeetassen, 151 Teller, 25 Schöpflöffel, 120 Vöfel, 123 Gabeln, 74 Messer, 4 Senfschäbeler, 81 Bierkrüge, 2 Kaffeekannen, 2 Gkragegeschirre, 11 Gläser, 2 Kochtöpfe, 37 leere Strohkübel, 37 leere Kofferteile. Die Gesamteinrichtung kostet 3624,53 Mt.“

81 Bierkrüge und 2 Kaffeekannen! Die Herren Unternehmer kennen ihre Pappenhelme! Revolver und Schlagringe fehlen übrigens auf der Liste. Finden sich die in einer andern Aufstellung?

Oberschlesien.

Aus den Gishütten Oberschlesiens wird uns geschrieben: Fürst Bülow äußerte in seiner Finausrede im Reichstage folgendes: „In Verbindung damit mußte die soziale Reform begonnen werden, und da wir Deutsche, wenn wir etwas anfangen, gründliche Arbeit zu leisten pflegen, so haben wir ein Werk sozialer Fürsorge geschaffen, rascher und gründlicher als die andern, auch die älteren Völker.“ Wer lacht da?! Wir behaupten, daß es nicht so ist. Gewiß haben wir soziale Gesetze, doch die Paragraphen der Gewerbeordnung, welche den Schutz der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter in Gishütten und Fabriken vorschreiben, stehen oft nur auf dem Papier. Was machen sich Kapitalisten aus solchen Gesetzen, welche ihnen un bequem sind? Es ist bekannt, daß die schlechtesten Löhne in Oberschlesien gezahlt werden; doch viel schlimmer wird mit Gesundheit und Leben des Arbeiters gespielt. Vor allem in den Gubitzhütten des Fürsten Henkel von Donnersmarck. Das Volk wird oft mit der Hölle gequält, aber wir können behaupten, daß es in diesen Hütten sogar der Teufel nicht aushalten würde. Sobald man in den Zughütten anfangt zu arbeiten, kommt der giftige Rauch aus den kleinen Schornsteinen — keinen 2 Meter hohen Röhren — in den Hof und die Hofhütten. In dieser Zeit — das dauert einige Stunden — sehen wir uns gegenseitig nicht. Die Atmungsorgane werden gereizt und das Husten geht los. Es macht den Eindruck, als ob man in einem großen Krankenhause für Schwindsichtige wäre. Fenster und Türen können wir nicht. Zusammengeklammerte Bretter dienen zum Schutze gegen kalten Luftzug. Ein Stuhl für ist vorhanden, jedoch ohne Rücken. Wird sie zugewacht, so ist fester und gefährlicher, kommt ein Windstoß, fällt sie um, manchmal auf die Arbeiter. Die Gesetzesvorschriften verlangen genügendes Licht, ausreichenden Luftraum und Luftwechsel. Doch wer sorgt dafür?

Der Profit der Kapitalisten ist groß. Im Jahre 1907 hat die Produktion der Schwefelsäure 437 000 Mt. gebracht, und aus der gedöhten Blende wurde für 3 796 700 Mt. Sinter und für 198 375 Mt. Zinkstaub geschmolzen. Das ist der Wert der Produktion. An Löhnen wurden 681 600 Mt. gezahlt. Es sind also 3 750 475 Mt. übrig. Wir fragen nun: Ist von diesem Gelde nicht sofort etwas für Fenster und Türen anzubringen? Auch müßte die Ver-

waltung die kleinen Schornsteine von den Zinkhütten beseitigen und durch drei große ersetzen, damit der Gistrauch hochgeleitet wird. Sobald auf den Kaminen, wo Schwefelsäure produziert wird, die Schornsteine zugebaut werden, kommt der leichte Gistrauch wieder zurück durch die Defen und die Arbeiter müssen ihn einatmen.

Die Gewerkschaften scheinen sich vorher anzumelden; wenigstens wurde im Gedränge d. J. befohlen, vorsichtig zu arbeiten, weil heute der Gewerbeinspektor kommen soll. Ja, Herr Inspektor, wir bitten uns zu beugen, aber unversehrt, gegen 9-10 abends und früh zwischen 5-6 Uhr, dann können Sie unter Hölle am besten in Augenschein nehmen. Ventilatoren für Kohlen gas sind überhaupt nicht da. Verschliefbare Kanäle zur Höhe kennen wir ebenfalls nicht, nur oben unter dem Ofen sind solche. Beseitigung der Höhe erfolgt in der Arbeitszeit mittels Spaten. Staub gibt in dieser Zeit mehr als man schlucken kann. Diese Arbeit wird von den Mädchen ausgeführt. Sobald abgeröstete Blende für die Zinkhütten abgeholt wird, entsteht unerträglich Staub. Es ist bezeichnend, daß Staub sich überall ansetzt. Die Wände sollen glatt sein und einmal im Jahre gestrichen oder abgewaschen werden. Bei uns gibt das nicht. Vor drei Jahren ist eine Wand gestrichen worden. Daselbe gilt bei den Ballen und Kappen. Sie sollen vom Staube einmal im Jahre gereinigt werden. Auf den Ballen kann man im Staube Katzen begraben. Auf den Kappen sind reine Berge von heißem Staub. Vor drei Wochen fiel ein Maurer auf eine Kappe und verbrannte sich lebensgefährlich. Die Kappen müßten mit Schutzvorrichtungen versehen sein, weil die Arbeiter auf den Ofen gehen müssen, um Blende in die Defen zu bringen. Bei dieser Arbeit müssen wir springen wie Katzen, um uns nicht zu verbrennen. In der Mühle können es die Mädchen nicht aushalten vor Gestank und Staub, weil der Trodenort zur Blende nicht gefenestert ist und gleich über den Ofen getrocknet wird. Sobald Arbeiter Blende oben anfahren und Wagen rücken, fällt der heiße Staub von den Kappen auf die gebückt und fast nackend Arbeitenden und brennt wie glühende Kohle. Hier ist eine gründliche Reinigung nötig. Der Fußboden soll glatt sein und alltäglich besiegt und gefegt werden. Wir kennen hier so etwas nicht! Ach ja, einmal — es sollte der Fürst höchstpersönlich erscheinen — wurde in der Mitte etwas gefegt.

Wasserleitungen sind da, doch fehlen Schläuche. Der Fußboden ist so lüdenhaft, daß so mancher schon hinstürzte. Wasser zum Trinken in dicht beschließbaren Gefäßen kennen wir nicht. Laut Geleß soll frisches Wasser unter der Hand sein, damit der von Blut und Schweiß bedeckte Arbeiter nicht herauszugehen braucht. Doch wir müssen uns selbst Wasser holen aus dem Hofe, aus 100 Meter Entfernung. Hier liegt die Gefahr der Erkältung vor.

Das sind Zustände, von welchen die Welt nichts gewußt hat, trotz bestehender gesetzlicher Vorschriften und trotzdem wir Gewerbeinspektoren haben. Der Speiseraum soll rein und im Winter geheizt sein; dabei läßt sich nicht einmal die Tür zumachen. So bringt der ganze Gestank dort herein und die Hunde ist feil. Wo sollen die Arbeiter denn speisen? Die Geleße besagen doch, daß zum Speisen geordnete Räume sein müssen und vor dem Essen sich jeder waschen soll. Wie soll man sich hier waschen, wenn das Wasser kalt ist, Seife nicht geliefert wird und 1 Handtuch für 30 Arbeiter die Woche reichen soll? Das heißt soziale Reform für Gesundheit und Leben der Arbeiter mit aller Gründlichkeit durchgeführt, „ganze Arbeit“, wie der Reichstagsler sagt! Ein Arbeiter hatte keine Seife nahm Soda; der Herr Direktor machte Krach. Darauf folgte durch Politik eine Spinderektion!... Es ist schon geraume Zeit her, doch bis jetzt haben wir noch keine Seife! Das sind nur die Kardinalfehler, um deren Beseitigung wir den Herrn Gewerbeinspektor bitten, und hoffen wir auf Ihre unerschöpfliche Beachtung, um die Herren an die Erfüllung der Gesetzesvorschriften zu erinnern.

Ein schwindigjähriger Hüttenarbeiter.

Streiks und Lohnbewegungen.

— Kiel. Die bei der Firma Holborn u. Richter, Inhaber E. Breuning, Fischräuchererei in Kiel, beschäftigten Arbeiterinnen unterbreiten der Firma folgende Forderungen: 1. Die tägliche Arbeitszeit beginnt mit 8 Uhr morgens und endet um 8 Uhr abends mit Unterbrechung durch eine 1 1/2 stündige Mittagspause. Ferner wird den Arbeiterinnen genügend Zeit gewährt, um ihr Frühstück und Vesperbrot essen zu können. 2. Überstunden sind tunlichst zu vermeiden, ebenso Nacht- und Sonntagarbeit. 3. Der Stundenlohn beträgt für Anfängerinnen die ersten 14 Tage 20 Pf., nach Ablauf dieser Zeit 25 Pf. 4. Für Überstunden wird den Arbeiterinnen ein Zuschlag von 5 Pf. pro Stunde gewährt. 5. Eventuell bestehende höhere Löhne dürfen nicht gekürzt werden. 6. Die Firma sorgt für eine von den Arbeitsplätzen abgetrennte Garderobe, sowie einen heizbaren Speiseraum von genügender Größe. 7. Entlassungen auf Grund dieser Bewegung dürfen nicht vorgenommen werden. 8. Dieser Vertrag ist an einer allen Beschäftigten leicht zugänglichen Stelle anzuhängen. Bei den Verhandlungen zwischen der Firma und der Organisation wurden alle Forderungen bis auf die Bezahlung der Überstunden mit 5 Pf. Aufschlag pro Stunde bewilligt. Die Frühstück- und Vesperpause wurde auf je 1/4 Stunde festgesetzt, diese Zeit wird mit bezahlt. Weil keine Einigung betreffs der Mehrbezahlung der Überstunden zu erzielen war, wurde der Stundenlohn für jede Arbeiterin, die im Betriebe beschäftigt ist, auf 25 Pf. gesetzt. Somit fällt die Probezeit von 14 Tagen fort. Wenn nun auch nicht alles erreicht worden ist, was im Interesse der dort Beschäftigten notwendig gewesen wäre, so können wir doch mit dem Resultat zufrieden sein. In diesen Fischräucherereien liegen die Verhältnisse für die dort beschäftigten Arbeiterinnen noch sehr schlecht. Die Nacht- und Sonntagarbeit ist dort in einer Weise brauch, daß die Gesundheit der Arbeiterinnen zerstört wird. Mögen alle Arbeiterinnen aus der Bewegung ihrer Kolleginnen bei der Firma Holborn u. Richter die Lehre ziehen, daß es auch in Fischräucherereien möglich ist, geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere eine geregelte Arbeitszeit zu schaffen. Dieses wird nun sehr leicht möglich sein, wenn alle in der Fischindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Organisation angeschlossen und dieser auch treu bleiben.

Korrespondenzen.

Essen. Auch bei uns herrscht die Politik der Bestimmungen des neuen Vereinsgesetzes nur sehr mangelhaft. So wurde eine Verankerung in die deutsche Fabrik von Goldschmidt von einem Kreisratsmitglied übernommen. Kollege Hammer, der über die Gesetze in der chemischen Industrie referierte, nahm Gelegenheit, dem Herrn des Stand der chemischen Arbeiter, das im letzten Hefenheft liegt zu dem Wächler der chemischen Industrie, an einigen Stellen und Zahlen vor Augen zu führen. Hoffentlich beherzigt der Kommissar des Gesetzes, Kollege Landwehr, die Überwachungsarbeiten jenseitig daran, daß es eine wichtige Aufgabe der Polizei sein muß, die Betriebe zu überwachen, statt die Zusammenkünfte der Arbeiter. So können sowohl in der chemischen Fabrik von Goldschmidt als auch in der Fabrik der Polizei Gelegenheit zum Überwachen — Selbstüberwachung wird gegen das Vergehen der Polizei verhängt werden.

Zeche. Ueber „Gewerkschaften und Unternehmensverbände“ referierte Kollege Landwehr-Kammer in einer Mitgliederversammlung am 22. November. Er begann die Rede mit der Bemerkung, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in der chemischen Industrie referierte, nahm Gelegenheit, dem Herrn des Stand der chemischen Arbeiter, das im letzten Hefenheft liegt zu dem Wächler der chemischen Industrie, an einigen Stellen und Zahlen vor Augen zu führen. Hoffentlich beherzigt der Kommissar des Gesetzes, Kollege Landwehr, die Überwachungsarbeiten jenseitig daran, daß es eine wichtige Aufgabe der Polizei sein muß, die Betriebe zu überwachen, statt die Zusammenkünfte der Arbeiter. So können sowohl in der chemischen Fabrik von Goldschmidt als auch in der Fabrik der Polizei Gelegenheit zum Überwachen — Selbstüberwachung wird gegen das Vergehen der Polizei verhängt werden.

Strasbourg. Im letzten Hefenheft berichtete am 18. November der Kollege J. Müller. Er war bei der Konferenz am 18. und 19. November. Er war bei der Konferenz am 18. und 19. November. Er war bei der Konferenz am 18. und 19. November.

insolge Seilbruchs herabstürzte und den Kollegen unter sich begrub. Er war sofort tot. Die Ursache des Unglücks liegt nach Ansicht der Arbeiter in der Antreiberei. Statt daß die Aufsicht dafür sorgte, daß unter dem schwebenden Korb niemand arbeitet, treiben sie zur Arbeit, sobald der Motorfahrer den Korb wieder anzieht. Würde das nicht geschehen, so hätte der Absturz des Korbes kein Menschenleben vernichten können. Auch auf die Kontrolle des Seiles scheint nicht die notwendige Aufmerksamkeit verwandt worden zu sein. Wir erwarten deshalb, daß streng untersucht wird, wer der Schuldige an dem Unglück ist.

Langermünde. Eine glänzend besuchte öffentliche Versammlung fand hier am 19. November statt. Kollege Großmann-Hannover referierte über „Die wirtschaftliche Krise und die Arbeitsbedingungen in der Zuckerraffinerie“. Er erzielte reichen Beifall. Nach Schluß der Versammlung ließen sich eine Anzahl Besucher als Mitglieder in den Verband aufnehmen. Wir hoffen auch, daß viele von denen, die aus der Versammlung noch unorganisiert fortgingen, bei der demnächst geplanten Hausagitation gewonnen werden, denn die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation muß sich ihnen gerade jetzt besonders fühlbar machen. Unsere Mitglieder aber mögen bei der kommenden Hausagitation ihre Pflicht tun, indem sie sich zahlreich und eifrig daran beteiligen.

Rundschau.

Unternehmerdank. Bei der Firma E. Rudolph u. Co., Maschinenfabrik und Eisengießerei in Magdeburg-Neustadt, wurden am 10. Oktober d. J. zwei Meister, der Schlossermeister Gustav K. und der Formmeister Robert N., beide nach 28jähriger Tätigkeit wegen vorgerückten Alters entlassen. Vor drei Jahren, bei dem 25jährigen Dienstjubiläum, wurde den beiden der Dank der Firmeneinhaber ausgesprochen für ihre Tätigkeit, für ihre Aufopferung und für ihr Bestreben, das Renommee der Firma im In- und Auslande zu heben. Wie zum Hohne hat man auf dem Abgangszugnis den beiden Graubspen noch Glück auf ihrem ferneren Lebensweg gewünscht. Hört es, ihr Arbeiter, hört es alle, alle, ob ihr den modernen Gewerkschaften, den Gewerksvereinen, den christlichen oder gar den gelben Gewerkschaften angehört: nach 28jähriger Tätigkeit wünscht ein Unternehmer den wegen vorgerückten Alters Entlassenen Glück auf dem ferneren Lebensweg! Eine grammatik Satire auf die in der bürgerlichen Gesellschaft übliche Anrede: „Wer arbeiten will, findet Arbeit“, gibt es nicht.

Dem „Hamb. Echo“ entnehmen wir noch die nachstehende Illustration zu obigen Kapitel:

„Im Altenhause zu Minsterdorf, wo aus ökonomischer Sparlichkeit den Jünglingen für den Bedarf einer ganzen Woche belämmlich ein Viertel Pfund Margarine verabfolgt wird, starb der alte Kriegsveteran Jürgen Widderich. Als jugendlicher Kämpfer hatte er in der schleswig-holsteinischen Revolution für die Befreiung des Vaterlandes gekämpft. Dann arbeitete er ein ganzes Menschenalter auf einer Zementfabrik in Ragerdorf, bis er, ein alter gebückter Greis, auch dort überflüssig war. Als er eines Tags mit einem alten Kumpen, Ritter des eisernen Kreuzes, einer der wenigen, die Anno 1870 den Todesritt der Brigade Bredow lebend überstanden hatten, in einem Schuppen arbeitete, sagte der junge Inspektor oder Direktor: „Was steht ihr noch herum, ich ert er euch ins Armenhaus, wahn ihr gehört!“ Stumm verließen die Veteranen die Fabrik, und da Jürgen Widderich arm war, zog er mit seiner alten Ehegatte ins Armenhaus, wo seine alte Schwester und sein Schwager bereits ihren Einzug gehalten hatten. Hier ist er nun verstorben.“

Die neuen Steuerprojekte und die Industrie. Die (Auer-)Gasföhrlich-Altiengesellschaft äußert sich zu dem Antikristen-Gesetzentwurf in ihrem Geschäftsbericht mit dem Inanspruchstellen der Verringerung eines großen Teiles ihres Betriebes. Sie schreibt:

„Mit den neuen Steuerprojekten ist sowohl eine direkte Versteuerung der Selbstkosten, als eine indirekte durch Erhöhung des Betriebes verknüpft, die sich auf den Abnehmer im Auslande keineswegs abwälzen läßt. Da nun der größere Teil unserer Produktion im Auslande abgesetzt wird, und zwar unter schwierigen Konkurrenzverhältnissen, so fürchten wir, daß es sich bei dem Inkrafttreten derartiger Steuerprojekte nicht vermeiden lassen wird, den größeren Teil unserer Produktion nach dem Auslande zu verlegen, um dort konkurrenzfähig zu bleiben. Für die Gesellschaft selbst würde dies finanziell vielleicht keine so erhebliche Konsequenzen haben, da wir schon jetzt im Auslande Produktionsstätten unterhalten und es sich nur um erhebliche Ausdehnungen derselben handeln würde. Dagegen würde mit einer Verlegung ins Ausland in erster Reihe unser Arbeiterstamm betroffen werden. Wir beschäftigen in Berlin über 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Bei einer Verlegung der Produktion ins Ausland würde eine Reduktion um mehrere Tausende von Arbeitern in Aussicht zu nehmen sein, deren Verdienst den ausländischen Arbeitern zufallen würde.“

Wie die Aufsichtsräte großer Aktiengesellschaften leben...

Wer nie unter der Last eines Aufsichtsratsamtes zusammenbrach, wird leicht geneigt sei, der Behauptung Glauben zu schenken, daß die meisten Aufsichtsräte unierer Aktiengesellschaften ihre schweren Funktionen für keine Arbeit erhalten. Die Bescheidenheit allein verhindert die Aufsichtsräte, diese Verlehen zu gestehen, in aller Stille erfüllen sie ihre mühselige Pflicht, die sich nicht nur, wie boshafte Leute behaupten, auf Unterzeichnung der Bilanz erstreckt. Am 25. Oktober tagte der Aufsichtsrat der Waggon- und Maschinenfabrik Aktiengesellschaft vorm. Busch (Hamburg und Wauzen). Die Aufsichtsherren hatten den Abschluß für das Geschäftsjahr 1907/08 zu prüfen und genehmigen. Doch mit dieser Aufgabe war die Tagesordnung noch nicht erschöpft. Was die Herren darüber hinaus zu bewältigen hatten, ergibt sich aus folgendem Verzeichnis:

- Kaviar im Glasbehälter,
- Szamorodni Dr. Szabo Gyula,
- 1897er Ohligsberger, Wachstium Paricelli,
- 1900er Forstler, Hohe Riesling Kusleje,
- 1904er Wiltlinger Braune Kuppe Fuder 14,
- Château Poulliac,
- 1883er Nadesheimer Rotland-Kabinat,
- Heiditz Renopol,
- 1818er Toloher Auszug.

12 Gänge, 9 verschiedene Weine und 183ter Kognak — eine Leistung, die harte Männer bedarf. Doch wenn Gott ein Aufsichtsratsamt gibt, gibt er wohl auch einen guten Magen, wie wäre sonst auch der schwere Aufsichtsratsdienst zu ertragen. Hier dreht es sich um eine Aktiengesellschaft, die nur die landesüblichen Prozente verteilt. Wie mag es da bei unsern chemischen Aktiengesellschaften zugehen, die 56 Prozent Dividende ausschütten und Hunderttausende von Tantiemen für ihre Aufsichtsräte abgeben? Da kann man freilich nicht mehr als 3,50 Mk. pro Tag an simple chemische Arbeiter zahlen!

Ein Gewerkschaftsjubiläum. Die Zahlstelle Berlin des Deutschen Buchbinderverbandes hat anlässlich ihres 25jährigen Bestehens eine „Geschichte der Berliner Buchbinderbewegung“ als Festschrift herausgegeben. Die ersten Anfänge der Berliner Buchbinderbewegung datieren demnach aus dem Jahre 1848. Zur Laube der Jahrzehnte wurden sodann verschiedene Versuche zur Schaffung einer Organisation unternommen, die indes aus verschiedenen Ursachen keine durchgreifenden Resultate erzielen konnten. Erst mit der Gründung des „Unterstützungsvereins der Buchbinder und verwandten Berufsgenossen“, die am 26. November 1883 erfolgte, wurde eine dauernde organisatorische Verbindung der

Berliner Buchbinder geschaffen, die auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einen Einfluß zu gewinnen suchte. Ein Jahr später wurde in der Allgemeinen Deutschen Buchbinderzeitung „ein weiteres Organ zur Vertretung der Interessen der Berufsgenossen in ganz Deutschland“ geschaffen. Das Blatt erschien zunächst in Berlin, wurde aber später nach Stuttgart verlegt. Inzwischen war auf einem Kongress in Offenbach am 4. April 1888 der Unterstützungsverband der Buchbinder gegründet worden, aus dem der Berliner Verein später ausgeschloffen wurde. Der letztere wurde sodann im „Festschriftverein der Buchbinder“ reorganisiert. Die Festschrift enthält über die Schilanzierungen, die von den Behörden in jener Zeit gegenüber den Verbindungen beliebt wurden, einige ganz interessante Belege.

Nach der Gründung des Buchbinderverbandes traten dann im Jahre 1893 die organisierten Buchbinder Berlins dem Verbande bei. Die Mitgliederzahl betrug im Jahre darauf 1099; zurzeit beträgt sie dagegen 6231.

Ein schöner Gewerbegerichtswahltag wurde seitens der freien Gewerkschaften in Regensburg errungen. Von 1941 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf die Liste der freien Gewerkschaften 1486, auf die der christlichen 456. Dieser Erfolg in der christlichen Domäne ist um so höher anzuschlagen, als bei der letzten Wahl im Jahre 1904 die Liste der freien Gewerkschaften mit 714 Stimmen gegen die der christlichen mit 699 nur ein Mehr von 25 Stimmen erhielt. Die Stimmen der christlichen sind um 284 zurückgegangen, die der freien Gewerkschaften um 772 gestiegen.

Verbandsnachrichten.

Vom 24. November ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:

- Regensburg 9,60. Mägeln 0,50. Höchst a. M. 0,50. Speier 800,—. Bergeborf 800,—. Regensburg 500,—. Wria 200,—. Proletarier 0,13. Hirschberg i. Schl. 0,30. St. 21,—. Bierheim 188,06. Kallberge 61,—. Kiel 800,—. Ludwigshafen 700,—. Wiersleben 300,—. Düsseldorf 200,—. Neubudum 1,—. Berlin 3000,—. Uedermünde 46,40. Eutin 800,—. Lauban 25,06. Saargemünd 12,20. Weissenfels a. S. 8,70. Wobau 5,50. Mägeln 1600,—. Harburg 800,—. Engels 25,—. Lanpertheim 297,63. Kahl 27,90. München 1000,—. Flauenicher Grund 800,—. Langermünde 500,—. Fregermühle 200,—. Walthheim 100,—. Dggersheim 100,—. Weissenfels 38,24. Eutin 100,—.

Schluss: Montag, 30. November, mittags 12 Uhr.

Die Abrechnung für das 3. Quartal 1908 haben eingekandt: Bierheim, Greifenberg i. P., Dömis a. Elbe, Wögen, Kallberge, Uedermünde, Lauban, Kahl, Saargemünd, Hadeburg.

Gewählt.

wurde als **2. Gauleiter für den Gau 2** (Königreich Sachsen, Sachsen-Mtenburg und die thüringischen Herzogtümer, Sitz Dresden) der Kollege **P. Schneider aus Kalle**, als **Gauleiter für den Gau 5** (Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen, Sitz Bromberg) der Kollege **Mag Wolfermann aus Landsberg a. d. W.**, als **Gauleiter für den Gau 8** (Nord-Bayern, links der Donau, Sitz Nürnberg) der Kollege **Ad. Mater aus Augsburg**.

Allen Bewerbern besten Dank. Ueber die weiteren feinerzeit ausgeschriebenen Posten ist eine endgültige Entscheidung noch nicht getroffen. **Der Vorstand.**

Neue Plakate

werden in etwa 14 Tagen zum Versand gelangen. Größere Zahlstellen, die den Ausdruck des Ortes und von Adressen wünschen, werden ersucht, diese und die Zahl der benötigten Exemplare baldigst anzugeben.

Ausgeschloffen

wurde das bisherige Mitglied der Zahlstelle Tschöe, Peter Bartels, Buch-Nr. 274 062, das bisherige Mitglied der Zahlstelle Quedlinburg, Richard Riedel, Buch-Nr. 306 883, eingetr. am 23. Februar 1908, sowie das bisherige Mitglied der Zahlstelle Schiffel, Heinrich Pfehle, Buch-Nr. 77 809, eingetr. am 24. Juni 1905.

Zusammen zur Erhebung von Extrabeiträgen:

Frankenthal (Waltz). 5 Pf. pro Woche und weibliches Mitglied vom 1. Dezember d. J. ab. **Zittau.** 10 Pf. pro Monat und Mitglied.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

- Buch-Nr. 145 368, ausgestellt auf den Namen Michael Blas am 14. März 1906 in Bergedorf.
- Buch-Nr. 182 088, ausgestellt auf den Namen Joseph Kupla am 25. Oktober 1906 in Wetzchen, D.-Schl. (Laurabütte).
- Buch-Nr. 104 758, ausgestellt auf den Namen Richard Wille am 23. April 1899 in Pöslin.
- Buch-Nr. 88 687, ausgestellt auf den Namen Peter Kili am 11. März 1906 in Wundenheim.
- Buch-Nr. 247 807, ausgestellt auf den Namen August Hartwig am 20. April 1907 in Wittenberge.

Als gestohlen gemeldet ist das Buch des Kollegen Wilh. Weisner, geboren am 4. Mai 1863 in Kofitzlau, eingetreten Ende Dezember 1907 in Hemmorf. Wiedergefunden ist das in letzter Nummer für ungültig erklärte Mitgliedsbuch Nr. 319 842, ausgestellt auf den Namen Artur Fichte, eingetreten am 4. Mai 1908 in Meiffen.

Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.

- Gabeln.** W. Klein, Neuetorstraße 3, 2. Stage.
- Kallberge** b. Raderdorf (Marb.). Hermann Meyb, Tassdorf, Berlinerstraße 37.
- Köke.** Albert Meyer, Salzweberstraße 47.
- Wim.** Joh. Meiserichmidt, Neu-Ulm, Gartenstraße 26, part.
- Schönebeck.** Artur Haberland, Elbstraße 1.

Briefkasten.

In den letzten Wochen sind wieder eine Anzahl Versammlungsberichte eingekandt worden, in denen versucht wird, den Inhalt allgemein gewerkschaftlicher Referate wiederzugeben. Wir bitten noch einmal darum, das zu unterlassen. Wirklich sinnige Wiederberge wird dabei nie erreicht, und die Veröffentlichung zusammenfassender Sätze hat keinen Zweck.

Die Redaktion. 2. Nr. 49. In dem Artikel „Vom Recht auf Erwerbslosen-Unterstützung“ in letzter Nummer muß es selbstverständlich nicht heißen, daß K. vom 7. August bis 2. September 1908 für 223 Tage Unterstützung erhielt, sondern für 23 Tage.

Inserate.

Verwaltungsstelle Chemnitz. Sonnabend, den 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Bergschützen“, Bergstraße 63.

Ordentliche Generalversammlung.

1. Jahresbericht. 2. Abrechnung und Rechnungsprüfung derselben. 3. Erledigung der eingegangenen Anträge. 4. Neu- resp. Ersatzwahl. 5. Allgemeines. Kollegen, agiert für einen guten Versammlungserfolg! 5,50. **Die Ortsverwaltung.**

Zahlstelle Lagenöls.

Die Mitglieder-Versammlungen des Verbandes finden von jetzt an jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats, abends 8 Uhr, im Saale des Herrn R. Liowald, statt. **Die Revueauschlüsse.**

Aus der chemischen Industrie.

Reichsregierung, Unternehmer und chemische Arbeiter.

Was die Gifttätengewaltigen Deutschlands längst über die Pläne der Reichsregierung zur Abänderung der Sonntagsruhe in den chemischen Fabriken mehr wußten, als unser Verband, das konnten wir in Nr. 45 des „Proletariats“ vom 7. November d. J. ausführlich mitteilen. Danach besitzen unsere Kapitalisten den Entwurf mindestens schon seit diesem Sommer. Unser Verbandsvorsitzender hatte sich aber schon vorher an den Staatssekretär des Innern gewendet und angefragt, weshalb die Organisation der chemischen Arbeiter übergangen werde und nicht gleichzeitig mit den Unternehmern in Kenntnis von so tief in das chemische Arbeiterleben eingreifenden Plänen gesetzt werde, um ebenfalls ihre Gutachten abgeben zu können. Daraufhin hat der Staatssekretär des Innern unserm Verbandsvorsitzenden unterm 5. November d. J. geantwortet. Und nun wissen wir wenigstens, weshalb wir nichts wußten.

Der Reichsminister für Sozialpolitik teilt nämlich dem Kollegen Brey in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter mit, die frühere Anhörung der Unternehmerorganisation unserer Branche sei erfolgt, „um mit Rücksicht auf die Fortschritte der Technik festzustellen, welche Produktionsmethoden verändert, fortgefallen oder neu eingeführt sind“. Das sei der einzige Grund der Bevorzugung unserer Kapitalisten gewesen. Denn „nach Aufstellung des Entwurfs der Abänderungen wird in der chemischen Industrie tätigen Arbeitgebern und Arbeitern Gelegenheit geboten werden, in einer gemeinsamen Besprechung zu ihm Stellung zu nehmen.“ Dabei soll sich unser Verband offenbar beruhigen. Indessen enthält diese amtliche Antwort soviel angreifbare Stellen, daß es unmöglich erscheint, zu ihr zu schweigen.

Es ist nämlich unrichtig, daß die Regierung ihren neuen Sonntagsruheentwurf vorerst unsern Unternehmern allein nur behufs Vornahme technischer Feststellungen zugestellt habe. Dagegen spricht der Wortlaut des Protokolls der Unternehmerversammlung von Freiburg i. B., wie ihn die „Chemische Industrie“, das offizielle Organ des Vereins zur Wahrung der Interessen unserer Kapitalisten, in ihrer diesjährigen Nummer vom 15. Oktober veröffentlicht hat. Nach diesem offiziellen Protokoll führte der Berichterstatter, Kommerzienrat Vorster = Köln, wörtlich aus: „Der Herr Staatssekretär des Innern hat am 13. Juli c. r. unserm Verein eine Uebersicht der in Aussicht genommenen Abänderungen der Bundesrats = Bekanntmachung über die Sonntagsruhe in der chemischen Industrie übersandt mit dem Anheimsstellen, etwaige Bedenken mit eingehender Begründung geltend zu machen. Einer Aeußerung darüber wird seitens des Herrn Staatssekretärs innerhalb zwei Monaten entgegen gesehen. Unsere Vereinsleitung hat nun diese Abänderungsvorschläge mit den Begründungen unsern Vereinsmitgliedern zugestellt und sie gebeten, dazu Stellung zu nehmen. Gegen die gemachten Abänderungsvorschläge sind sofort, besonders aus den Kreisen der chemischen Großindustriellen, schwerwiegende Bedenken geäußert worden. Die größten, zu unserm Vereine gehörenden Firmen haben sich dagegen erklärt.“ Worauf dann die zahlreichen, im Artikel unserer Nr. 45 genau wiedergegebenen Einwendungen unserer Unternehmer aus den einzelnen Branchen folgen.

Daraus geht hervor, daß der Staatssekretär des Innern zunächst unsere Kapitalisten allein nicht bloß zur

technischen, sondern vor allem auch zur eingehenden sozialpolitischen Kritik seines Entwurfs aufgefordert hat. Eine Aufforderung, „mit Rücksicht auf die Fortschritte der Technik festzustellen, welche Produktionsmethoden verändert, fortgefallen oder neu eingeführt sind“, ist unsern Unternehmern offenbar überhaupt vom Reichsamt des Innern gar nicht zugegangen. Sie sind vielmehr sofort und ganz einseitig eingeladen worden, alle ihre „Bedenken“, die technischen, die kapitalistischen und die sozialpolitischen, „mit eingehender Begründung geltend zu machen“. Sonst hätten sie über die neuen Sonntagsruhebestimmungen gar nicht so verhandeln können, wie sie verhandelt haben. Unsere Unternehmer sind nicht so unklug, es mit der Regierung zu verächteln. Hätte die Regierung von ihnen lediglich Auskunft über die Fortschritte der Technik verlangt, so hätten sie sich zunächst an diese Anfrage gehalten. Sie wären dabei immer noch im Vorteil vor unserm Verband gewesen. Denn sie konnten auch in diesem Falle zahlreiche technische Einwendungen und Schwierigkeiten machen oder durch ihre Techniker machen lassen. Sie hätten die Vorhand vor uns, die wir doch auch einiges über die technische Entwicklung der chemischen Industrie wissen müssen und wissen können. Wenn wir auch nur über die technischen Fortschritte gar nicht oder erst später befragt werden, so bedeutet das schon eine unbegründete Zurücksetzung unserer Arbeiterorganisation. Die Unternehmerorganisation hat denn auch eine große Reihe technischer Einwendungen gemacht, von denen durchaus nicht feststeht, daß sie zutreffend sind. Meist kommen dabei gar keine neuen Verfahren, sondern längst bewährte Fabrikationsmethoden in Betracht, die wir alle kennen, wie das Bleikammer- und Kontaktverfahren bei der Säureherstellung, das Leblancverfahren und das Ammonialverfahren bei der Sodafabrikation usw. Und es find immer wieder die alten Unternehmergründe, die geltend gemacht werden, daß die Apparate und das Produkt die Abstellung des Betriebs auf 24 Stunden oder 12 Stunden nicht vertrügen, daß die Brandgefahr bei Ofen und die Verpestung der Nachbarschaft mit Gasen erhöht wird, daß der im Betrieb erzeugte Dampf nicht mehr rationell verwertet werden kann, daß durch die sonntägliche Ruhe der Apparate eine Reinigung am Montag nötig werde, die eine mehrtägige Unterbrechung des Betriebs herbeiführe usw. Hier ist schon sehr oft das Technische mit dem Kapitalistischen vermischt. Wären gleichzeitig aufgeklärte Arbeiter über dieselben Fragen gehört worden, so hätten sie gewiß die Notwendigkeit der Fortsetzung gewisser technischer Prozesse auch über den Sonntag nicht geleugnet. Das von uns eingehend in den letzten Nummern besprochene Buch von Dr. Ellnor Dröffer über die Schwefelsäurefabrikation teilt ja auch mit, daß die von der Verfasserin gehörten Arbeiter sich der Ansicht nicht verschließen, wie schwierig eine völlige Einstellung des Betriebs am Sonntag sei, daß sie aber dafür Entschädigung in Gestalt des Achtstundentages verlangen und für möglich hielten. Andere Fabrikationsmethoden lassen sich vielleicht wiederum ganz gut durch einige Aufwendungen mehr, wie sie Arbeiter leicht angeden können, dahin verbessern, daß sie eine Einstellung des Betriebs am Sonntag vertrügen. Aus alledem erhellt, daß auch die Erörterung technischer Fragen mit den Unternehmern allein für die Reichsregierung höchst einseitige Ergebnisse zeitigen mußte und offenbar schon gezeitigt hat.

Aber die Durchsicht der Unternehmerverhandlungen ergibt außerdem, daß das Reichsamt des Innern die soziale politische Erweiterung der Sonntagsruhe durch unsere Kapitalisten allein im weitgehendsten Maße zuließ und wollte. Die Düngerfabriken machen ihr kapitalistisches Interesse für

weitgehende Verladungsbedingungen am Sonntag gegen den Arbeiterschutz geltend, und kein Arbeiter konnte ihnen von seinem Standpunkt aus antworten. Ganz einseitig und kapitalistisch durfte in Freiburg behauptet werden, die Arbeiter würden Sonntag abend 6 Uhr „wegen ihrer Vergnügungen“ nicht zur Arbeit antreten. Für Beibehaltung der mörderischen 24stündigen Wechselfahrt begnügte man sich vollends mit der „Begründung“, die gewiß weder „technisch“ noch sozialpolitisch ist, daß die Abschaffung „praktisch undurchführbar“ sei, eine Unwahrheit, die ohne weiteres durch englische und schwedische Beispiele widerlegt wird, aber hier im Instanzenzuge nicht widerlegt werden konnte, weil eben unsere Unternehmer allein zum Wort kamen. Und was war denn zum Schluß der Freiburger Verhandlung die Berdächtigung der Gewerbeaufsichtsbeamten und Gerichtsbehörden, die doch gewiß den Unternehmern nicht leichtfertig recht tun, wegen ihrer „nicht immer vollen Sachkenntnis“? War das auch noch „technisch“, oder was? Es nicht vielmehr die nackte Profitgier, daß dieser „weiteren Schutzbehörden etwas mehr Einfluß auf die chemischen Betriebsverhältnisse zugunsten eines wohl durchführbaren Arbeiterschutzes eingeräumt werde? Wir denken deshalb, der Staatssekretär des Innern wird gut tun, nachzuprüfen, ob sein Unterstaatssekretär Wermuth, der die Antwort an unsern Verbandsvorsitzenden unterschrieb, nicht seinerseits mangelhaft unterrichtet war, als er unsern Verband über seine Hintanzetzung mit einer Auskunft hinwegzutrotzen versuchte, die den tatsächlichen Vorgängen in keiner Weise entsprach.

Da aber noch alles Verfaulende nachgeholt werden kann und wir dieser Nachholung nichts in den Weg legen möchten, so begnügen wir uns mit diesen notwendigen Feststellungen. Zu der in Aussicht gestellten Anhörung von Arbeitern haben wir nur noch eine einzige Bemerkung zu machen: daß nämlich das Reichsamt des Innern den Preis der zu Berufenden nicht auf solche beschränkt sein lassen möge, die „in der chemischen Industrie tätig“ sind, und daß es die Benennung der Arbeitergutachter unserm Verbande, der einzigen Organisation chemischer Arbeiter in Deutschland überlassen möge. Der letztere Wunsch rechtfertigt sich von selbst. Der erstere aber ist darin begründet, daß Arbeiter, die noch in der chemischen Industrie tätig sind, gar zu leicht durch ihr soziales Abhängigkeitsverhältnis beeinflusst werden, und daß in der chemischen Unternehmerorganisation doch auch eine ganze Reihe Leute, wie z. B. Prof. Dr. Witt, Generalsekretär Wenzel, Justizrat Häuser und Redakteur Dr. Brauer mitraten und mitlitten, die längst nicht mehr in der chemischen Industrie „praktisch tätig“ sind. Was aber der Unternehmerorganisation recht ist, muß der Arbeiterorganisation billig sein. Auch sie besitzt Verbandsbeamte als Hilfskräfte, welche die Verhältnisse zum Teil besser übersehen, als „praktisch tätige“ Arbeiter ohne weitere Schulung. Das Reichsamt des Innern möge also bei der Einberufung der kommenden Gutachterkonferenz nach beiden Seiten nicht engherzig sein und den Grundgedanken der Gerechtigkeit und Billigkeit gleichmäßig für Unternehmer- wie Arbeiterdelegierte anwenden. Dann werden die Beratungen auch fruchtbar ausfallen.

Wahung vor Schwefelwasserstoffvergiftung!

Während die reich verlaufende Form der Schwefelwasserstoffvergiftung infolge industrieller Betriebsunfälle wohl bekannt ist, weiß man von der verhältnismäßig häufigen chronischen (schleichenden) Form nur wenig. Gleichwohl ist diese, die namentlich unter den Arbeitern in Gasfabriken nicht selten auftritt, durch ziemlich ernste Erscheinungen gekennzeichnet. Ihr näheres Studium ermöglicht erst bei gewissen Ausprägungszuständen, sowie bei Blutleere und Bleichsucht, die wahre Ursache der Erkrankung festzustellen. Wie die „Revue Scientifique“ ausführt, äußert sich die Vergiftung vor allem in heftigem Kopfschmerz, Schlafsucht und verschiedenen Störungen des Sinnesorgane, die zunächst den Verdacht einer Kohlenoxydvergiftung er-

Die chemische Industrie um Hannover.

Bilder für die Gewerbeinspektion.*)

In der Nähe von Hannover liegt die Chemische Fabrik „Lisi“ in Seelze. Die Firma beschäftigt durchschnittlich 400 Arbeiter. Im Betriebe werden die verschiedenartigsten chemischen Präparate in einer Reihe von einander getrennten Abteilungen hergestellt.

Obgleich die Fabrik in den letzten 90er Jahren gebaut und etwa 1898 oder 1899 von Hannover nach Seelze verlegt wurde, ist den hygienischen Anforderungen, soweit die Arbeiter in Betracht kommen, nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt worden, und so kommt es, daß die Klagen über schlechte Ventilation, mangelhafte Waschvorrichtung und Raum zum Einnehmen der Mahlzeiten ständig sich wiederholen. Ein Gang durch die einzelnen Abteilungen zeigt denn auch die Berechtigung der Klagen.

Beginnen wir mit der Mühle. Gemahlen wird: Blei, Kupfer, Chromat, Kali, Arsenjale, Schwefelarsen, Polystyrol, Schwefelblei, Braunstein, Flußspat, Nagnatron, Westalit und dergleichen Stoffe mehr. Die beim Weizenerd befristigten Arbeiter erhalten pro Tag 1 Liter Milch und Lohnzuschlag von 2 Mark pro Woche. Arbeitsanzüge werden den Arbeitern nicht geliefert. Die Waschvorrichtung ist mangelhaft, da der hierzu bestimmte Betonwassertrog zu klein ist, als daß sich alle in der Mühle befristigten Arbeiter gleichzeitig daran waschen könnten, und das ist notwendig, da nur 10 Minuten Wascheit gewährt wird und schon während dieser knappen Zeit sich die Arbeiter kaum gründlich reinigen können. Seife, Handtuch, Bürsten liefert die Firma nicht. Wer Seife und Handtuch brauchen will, muß sich solches von Hause mitbringen. Das Baden, welches gerade für die Mühlenarbeiter täglich unbedingt notwendig wäre, wird nur einmal wöchentlich gestattet. Mit Ausnahme der Kugelmühlen ist in den übrigen Mahlräumen eine sehr mangelhafte Ventilation vorhanden. Die Folge davon ist eine starke Verlastigung durch Staub, welcher sehr gesundheitsgefährlich wirkt, weshalb auch die vielen Magen- und Darmkrankungen. Im Winter pfeift der Wind durch die Mühle, da die Türen schlecht schließen. Da ist dann die Staubbelastigung allerdings gering. Dafür stellen sich durch die Zugluft Erkältungskrankheiten und Rheumatismus ein. Ueber die Unbrauchbarkeit der gelieferten Handschuhe und Schutzbrillen wird geklagt. Wünsche der Arbeiter brauchbaren Ersatz, so werden sie von den Meistern angefahren, gerade als ob die Herren die Sachen aus ihrer Tasche bezahlen müßten. Die Arbeiter verzichten daher vielfach auf Ersatz und be-

helfen sich mit den alten Sachen oder benutzen Handschuhe und Schutzbrille gar nicht. Der Eisenraum ist für die Anzahl der Arbeiter zu klein. Im Sommer wird im Freien gearbeitet. Im Winter aber ist ein Teil gezwungen, am Arbeitsplatz zu essen. Umgeben vom Staub oben genannter Chemikalien, welcher auf die Gewarene niederfällt, wirkt die eingenommene Mahlzeit direkt gesundheitsgefährlich.

Wir kommen nun zur Abteilung I oder wie die Bezeichnung lautet, Fabrik I. Verarbeitet wird hier hauptsächlich Chrom, Kali, Nagnatron und Chlor. Die Verarbeitung der Chromate geschieht im Freien. Zu dieser Arbeit werden Ledermasken, aber nicht in ausreichender Zahl, geliefert, so daß die Arbeiter die Masken oft erst nach mehrmaligem Fördern erhalten. Die Weiterverarbeitung von Chrom wird in einem Raum vorgenommen, in welchem auch gleichzeitig Chlor verarbeitet wird. Die Ventilation ist sehr mangelhaft. Es sind wohl Abzugsschächte vorhanden, aber infolge Fehlens geeigneter Vorrichtungen ziehen die Dünste nicht ab.

Für die Arbeiter der Kalibude ist ein Eisenraum nicht vorhanden, so daß die Arbeiter gezwungen sind, im Arbeitsraum ihre Mahlzeiten einzunehmen. In dieser Bude fehlt jede Waschanlage. In den übrigen Räumen ist die Waschanlage mangelhaft, es fehlt an genügenden Waschgefäßen; Handtuch, Seife gibt es überhaupt nicht. Die Sauberhaltung der Arbeitsräume läßt sehr viel zu wünschen übrig, da nur etwa alle drei Wochen ausgefegt wird, obgleich diese Arbeit mindestens jede Woche einmal und eine gründliche Reinigung alle vier Wochen erforderlich wäre.

Beim Verarbeiten von Nagnatron werden, trotzdem die entsprechenden Unfallverhütungsvorrichtungen ausgehängt sind, Handschuhe nicht geliefert. Die Arbeiter klagen über Verlastigung beim Verarbeiten von Chromfluorat und haben schon mehrfach den Wunsch geäußert, daß ihnen bei dieser Arbeit Handschuhe geliefert würden. Wünsche können sich aber die Arbeiter lange etwas, das Gewahren steht auf einem anderen Blatte, namentlich wenn etwas loftet. Baden dürfen die in diesen Abteilungen befristigten Arbeiter zweimal wöchentlich je ¼ Stunden. Es wird aber dafür gefordert, daß der Profit nicht zu kurz kommt, denn die Badelarien werden so spät ausgegeben, daß von diesen ¼ Stunden noch eine Spanne Zeit abgenommen wird. Auch in dieser Abteilung ist es nötig, daß den Arbeitern täglich ein Bad gewährt wird.

Nun zur Fabrik II. Hier wird Thorium hergestellt, welches zum Imprägnieren von Gasglühlichtröhren Verwendung findet. Schon das Gemisch, aus welchem Thorium besteht, läßt ahnen, welchen Verlastigungen durch Dünste die Arbeiter ausgesetzt sind. Die Dünste wirken nachteilig auf die Atemorgane und erkranken die Arbeiter vielfach an Hals und Lunge. Zur Herstellung von Thorium werden verwendet: Schwefelsäure, Salzsäure, Flußsäure, Salpetersäure, Nagnatron, Ammoniak und Monazit. Beim

Ausgießen der Säure entwickeln sich naturgemäß starke Dünste, namentlich durch Salpetersäure. Da die Ventilation in dem Raume eine sehr mangelhafte ist, so entstehen Erkrankungen. Bei diesen Erkrankungen werden den Arbeitern weder Arbeitskleider, noch Schürzen geliefert, und so tragen sie diese Dünste in ihren Kleidern mit in die Wohnungen und verpesten dort die Luft. Notwendig wäre in der Abteilung die Lieferung von Holzschuhen. Auch in dieser Abteilung ist die Waschvorrichtung eine mangelhafte. Seife und Handtücher werden nicht geliefert.

Starke schädliche Dünste entwickeln sich beim Herstellen von Zinklötlösung, da hierbei Salpetersäure zur Verwendung kommt. Der vorhandene Motor ist unzureichend, um die sich entwickelnden Dämpfe abzusaugen. Für diese Beschäftigung wäre die Lieferung von Gesichtsmasken notwendig. Sämtliche Säuren werden in offenen, Böttchen angelegt, welche sich in geschlossenen Räumen befinden. Der sich entwickelnde Qualm kann nicht genügend abziehen, da die Ventilation nur in einigen kleinen Dachluken besteht. Daß in solchen Räumen die Arbeit zur Qual wird, ist klar, abgesehen von den gesundheitlichen Schädigungen. Hier müßten als zweckmäßige Ventilation, durch das Dach gebaute Luftschächte, welche bis auf die Böttche herabreichen und dort in umgekehrter Richtung endigen, angebracht werden.

Wir kommen nun zur Fabrik III. Hergestellt resp. verarbeitet werden hier in einer Abteilung Bleiweiß, salpetersaures Blei in Kristallen, Salzen, Goldschwefel, Kupferoxyd, Glyzerin, Schwefelnatron. In der andern Abteilung: Schwefelkalk, Salpater, Zinkum, Schwefelkalk, Soda, Chloralkalium, Bitterkalk, Chlorbarium usw.

Auch hier dieselbe Erscheinung. Die Waschvorrichtung mangelhaft, da Handtuch und Seife nicht geliefert wird. Eine regelmäßige ärztliche Kontrolle der beim Blei Beschäftigten findet nicht statt.

Beim Abräumen des Bleiweißes werden zwar Mundtücher geliefert, können aber als genügender Schutz gegen Einbringen des Staubes nicht gelten. Auch hier sind Masken notwendig. Goldschwefel wird zwar in festverschlossenen Behältern hergestellt, aber nicht ebenso verschlossen geliebt. Die Siebmachine ist offen, nicht einmal durch Vorhängen von Decken wird der Austritt des Staubes zu verhindern gesucht, und da Bestandteile des Goldschwefels Schwefelnatron und Schwefelarsen sind, so kann man sich denken, welchen gesundheitsgefährlichen Einwirkungen die Arbeiter ausgesetzt sind. Der Goldschwefel legt sich als roter Staub auf dem Körper fest, und anstatt eines Bades wöchentlich müßte den Arbeitern tägliches Baden gestattet sein.

Beim Herstellen von Kupferoxyd werden zwar Masken geliefert, sie sind aber gegen die Verlastigung und Gesundheitsgefährlichkeit des Dgds nicht ausreichend und würden die Arbeiter, wenn

*) Wir werden diese Schilderungen gelegentlich forschen und hoffen, daß sie die Beachtung der Gewerbeinspektion findet. D. W.

weisen können. Dazu gesellen sich bisweilen noch Schwindungen und latente Affektionen der Atmungs- und Verdauungsorgane. Der Appetit schwindet, und es stellt sich sehr bald vollständige Arbeitsunfähigkeit ein. Auf diese ersten Zeichen folgt bald eine Periode eines allgemeinen Marasmus, dem sich schwere Leberstörungen, Gelbsucht und sehr heftige Schmerzen anschließen. Starke Blutleere verleiht dem Krankheitsbild. In seltenen Fällen führt das Verbleiben in etwa sechs Wochen zum Tode. Meist kommt es nach dem Gelbsuchtstadium zu einer allerdings sehr langwierigen Genesung. Alkoholismus und starke Ermüdung schwächen die Widerstandsfähigkeit des Körpers gegen die Schwefelwasserstoffeinwirkung allerdings in sehr erheblichem Maße. Bei den Vergifteten sinkt die Zahl der roten Blutkörperchen außerordentlich schnell. Leber und Milz sind geschwollen und schmerzhaft. Die Gegenwart von Schwefelwasserstoff läßt sich durch Bleisulfidnachweis, das unter dem Einfluß des Gases geschwärzt wird. Der quantitative Nachweis des Gases ist sehr einfach. Es genügt, ein bekanntes Volumen durch Zinklösung freizusetzen zu lassen. Mit Hilfe dieser Methode ließ sich feststellen, daß die Luft mancher Arbeitsräume bis zu 0,74 auf tausend Teile Schwefelwasserstoff enthält, welche Dosis auf die Dauer sogar tödlich wirken kann. Haben die Gewerbeaufsichtsbeamten jemals zum Schutz der deutschen chemischen Arbeiter solche Bestimmungen vorgenommen? Es wäre hohe Zeit dafür!

Der deutsche Außenhandel mit chemischen Produkten

hat zwar bis Oktober nicht ganz die gleiche Höhe behauptet wie im Vorjahre, hat aber auch keine wesentlichen Einbußen erlitten. Es betrug:

Chemische u. pharmazeutische Erzeugnisse, Farben und Farbstoffe, Gummi, Kautschuk, Seife und sonstige Verbindungen chemischer Natur, anderweit nicht genannt	1907	1908	Einfuhr		1907	1908
			Mil.	Stk.		
Stärke	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	651 417	9 801	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	651 417	9 801	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	651 417	9 801	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	651 417	9 801	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	651 417	9 801	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	651 417	9 801	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	651 417	9 801	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	651 417	9 801	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	651 417	9 801	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	651 417	9 801	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	651 417	9 801	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	651 417	9 801	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	651 417	9 801	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	651 417	9 801	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	651 417	9 801	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	651 417	9 801	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	651 417	9 801	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	651 417	9 801	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	651 417	9 801	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	651 417	9 801	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	651 417	9 801	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	651 417	9 801	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	651 417	9 801	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	651 417	9 801	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	651 417	9 801	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	651 417	9 801	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	651 417	9 801	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 294
Stärkeerzeugnisse	638 028	7 978 746	551 417	1 065 791	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	83 896	20 482	651 417	9 801	1 416 519	1 561 681
Stärkeerzeugnisse	2 380	20 482	24 651	9 801	22 687	81 161
Stärkeerzeugnisse	1 165 166	12 408 280	7 577 049	2 314 721	10 904 013	14 094 29